



Für einen Bewusstseinswandel
Von der Konsum- zur Wohlstandskultur

Memorandum des Denkwerks Zukunft

Verfasser: Meinhard Miegel, Stefanie Wahl, Martin Schulte
unter Mitwirkung von Elias Butzmann
Bonn, August 2011

Das Denkwerk Zukunft dankt den Mitwirkenden des
Denkkreises "Bewusstseinswandel":

Peter Felixberger

Politikwissenschaftler und Soziologe, München

Prof. Dr. Rolf Kreibich

Institut für Zukunftsforschung und Technologiebewertung (IZT), Berlin

Prof. Dr. Manfred Milinski

Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie, Plön

Dr. Christa Müller

Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis gGmbH, Stiftung Interkultur,
München

Dr. des. Barbara Muraca,

Botanisches Institut (Umweltethik) der Universität Greifswald, Greifswald

Prof. Dr. Konrad Ott

Botanisches Institut (Umweltethik) der Universität Greifswald, Greifswald

Peter Radunski

MSL Group Germany GmbH, Berlin

Dr. Wolfgang Schmidbauer

Autor und Psychoanalytiker, München

Peter Spiegel

Global Economic Network, Genisis Institute, Berlin

Jakob von Uexküll

World Future Council (Weltzukunftsrat), Hamburg

für wertvolle Hinweise.

Inhalt

1. Warum die Völker der früh industrialisierten Länder ihre Sicht- und Verhaltensweisen ändern müssen	7
2. Erweitertes Wohlstandsverständnis	11
3. Hürden des Wandels	15
3.1 Herausforderungen scheinbar unbestimmt und fern	18
3.2 Manipulation und Desinformation	19
3.3 Gefühl der Ohnmacht	21
3.4 Unwissen und Unvermögen	22
3.5 Wenige Vorbilder	24
4. Gesellschaftliche Potentiale mobilisieren	27
4.1 Stärker immaterielle Lebensstile entwickeln	27
4.2 Über Chancen immateriell geprägter Lebensweisen aufklären	31
4.3 Kenntnisse und Fertigkeiten für immaterielle Lebensweisen vermitteln	36
5. Durch Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen Verhaltenswandel beschleunigen	43
5.1 Bürgerschaftliches Engagement stärken	47
5.2 Transparenz erhöhen - Signale setzen	50
5.3 Staatliche Förderung umweltschädlicher und materiell aufwändiger Wirtschafts- und Lebensweisen abbauen	53
5.4 Ressourcenverbrauch senken	56
5.5 Antworten auf Fragen materieller Existenzsicherung geben	60
5.6 Internationale Zusammenarbeit vorantreiben	64
Bibliographie	66

1. Warum die Völker der früh industrialisierten Länder ihre Sicht- und Verhaltensweisen ändern müssen

Die Bevölkerungen früh industrialisierter Länder einschließlich Deutschlands sind auf Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung fokussiert. Von diesen hängt nicht nur ihr individuelles und kollektives Wohl, sondern auch ihre gesellschaftliche und politische Funktionsfähigkeit ab. Materieller Konsum hat einen hohen Rang und ist wichtiger Sinngeber, der viele Lebensbereiche prägt. Die Gesellschaften früh industrialisierter Länder sind Konsumgesellschaften, ihre Kultur ist eine Konsumkultur.

Fokussierung ist janusköpfig

Die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung ist janusköpfig. Einerseits hat sie zu einer menschheitsgeschichtlich beispiellosen Zunahme der materiellen Gütermenge geführt. In Deutschland beispielsweise verfünffachte sich diese pro Kopf der Bevölkerung allein im Zeitraum seit 1950. Andererseits hat sie - menschheitsgeschichtlich nicht minder beispiellos - natürliche Ressourcen, Umwelt sowie Individuen und Gesellschaft verschlissen. Europa, einst ein rohstoffreicher Kontinent, verfügt heute über nur noch wenige natürliche Ressourcen. Weltweit sind große Ackerflächen überdüngt¹ sowie mit Pestiziden vergiftet und die Meere überfischt.² Die Schadstoffbelastung der Atmosphäre sowie der CO₂-Anstieg sind alarmierend.³ Hinzu kommt der gesellschaftliche Verschleiß. Zahlreiche Völker früh industrialisierter Länder erhalten sich biologisch nicht mehr, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchig geworden und riesige Schuldenberge belasten die Zukunft.

¹ Vgl. Rockström u.a. (2009).

² Mittlerweile sind 88 Prozent der europäischen Fischbestände überfischt oder erheblich dezimiert. Vgl. Europäische Kommission (2011a).

³ Mit 8 Tonnen pro Kopf liegen die CO₂-Emissionen in der EU deutlich über dem langfristig vertraglichen Pro-Kopf-Wert von 2,7 Tonnen. Vgl. BP (2010) sowie WBGU (2009), S. 3.

Nüchtern betrachtet beruht ein Großteil des derzeitigen materiellen Wohlstands auf Raubbau, der die Lebensgrundlagen aller beeinträchtigt. Ohne diesen Raubbau ließe sich - unter den gegebenen technischen, aber auch gesellschaftlichen Bedingungen - die derzeitige Konsumkultur nicht aufrechterhalten.

Kennzeichnend für diese Kultur ist ein möglichst hoher und schneller Umsatz von Gütern und Diensten. Entsprechend groß ist auch der Vertriebs- und Werbeaufwand, der nicht zuletzt dazu dient, ständig neue Bedürfnisse zu wecken.⁴ Unzufriedenheit mit dem jeweils Bestehenden ist eine wichtige Voraussetzung für das Fortbestehen dieser Kultur.

Noch wichtiger ist allerdings, dass diejenigen, die die neu geweckten Bedürfnisse am raschesten zu befriedigen vermögen, besondere gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Dies gilt weithin als Ausweis von Erfolg und sozialem Status. Umgekehrt geraten alle, die sich forciertem Konsum entziehen, leicht an den Rand der Gesellschaft. In gewisser Weise stören sie deren Wertemuster und lange geübten Verhaltensweisen. Vorhandenes ausgiebig zu nutzen und sich nicht immerfort Neuem zuzuwenden, wird als fortschrittshemmend und mithin nicht zeitgemäß angesehen. In der Konsumkultur liegen Ver- und Entsorgung dicht beieinander.⁵

Diese Flüchtigkeit der Waren- und Güterwelt prägt weite Teile auch der Gesellschaft. Da der Einzelne seine soziale Stellung und sein Selbstwertgefühl in erheblichem Umfang aus seinem Beitrag zur Produktion und zum Konsum von Diensten und materiellen Gütern ableitet, erscheinen nicht-monetäre Leistungen, namentlich aber gelungene zwischenmenschliche Beziehungen nachrangig. Ausschlaggebend ist seine Rolle als Pro-

⁴ 2010 wurden in Zeitungen, Magazinen, Kinos sowie in Radio, Fernsehen, Internet und auf Plakatwänden weltweit schätzungsweise 456 Milliarden Dollar für Werbung ausgegeben. Vgl. Denkwerk Zukunft (2010a), Denzähl Mai; in Deutschland allein etwa 44 Milliarden Euro.

⁵ Vgl. Bauman (2009), S. 45.

duzent und Konsument. Dauerhafte zwischenmenschliche Beziehungen sind in einem solchen Umfeld schwierig.⁶

Auch das Wesen menschlicher Arbeit wurde durch diese Kultur verändert. Zwar diene Arbeit zu allen Zeiten dem Erwerb eines Lebensunterhalts. Doch zugleich mühte sich der Mensch, sich durch sie zu entfalten und selbst zu verwirklichen. In der heutigen Konsumkultur ist dieser Aspekt für viele in den Hintergrund getreten. Für sie hat eine Erwerbsarbeit, die die rege Beteiligung am Konsum ermöglicht, ihren Zweck erfüllt.

Entsprechend dienen auch die sozialen Sicherungssysteme weniger der sozialen Sicherheit als vielmehr der Beteiligung von Nicht-Erwerbstätigen am Konsum.⁷ Ist dieser gewährleistet, endet ihre Aufgabenstellung. Die Bevölkerung hat sich an diese Verkürzung des Sozialen auf Wirtschaftliches gewöhnt. Was sie von staatlichen Einrichtungen erwartet, ist in erster Linie die Steigerung oder zumindest Aufrechterhaltung ihrer Konsumfähigkeit.

Diese Einseitigkeit fördert das Ausblenden der negativen Folgen dieser Kultur. Erleichtert wird dies durch die hohe Wertschätzung des Augenblicks.⁸ Was verloren gegangen oder für die Zukunft verbaut ist, zählt demgegenüber wenig. Vergangenheit und Zukunft spielen in der Konsumkultur nur eine untergeordnete Rolle. Das Heils- und Glücksversprechen ist die unverzügliche Befriedigung soeben geweckter Bedürfnisse.⁹

Gegenwärtige Sicht- und Verhaltensweisen verlieren ihre Grundlage

Das Dilemma: Das Fundament dieser Kultur zerfällt. Es zerfällt physisch, weil der generationenlange Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umwelt sowie Mensch und Gesellschaft an Grenzen stößt. Dies bedeutet, dass

⁶ Auf die Frage, warum viele Deutsche keine Familie gründen, nennen 58 Prozent der Befragten, dass Kinder zu viel Geld kosten, und 51 Prozent, dass Karriere wichtiger ist als Familiengründung. Vgl. Stiftung für Zukunftsfragen (2011).

⁷ Dies trifft insbesondere auf die gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung zu.

⁸ Vgl. Bauman. (2009), S. 61.

⁹ Vgl. a.a.O. (2009), S. 64.

entweder das Wachstum der Wirtschaft zum Stillstand kommt bzw. das Wirtschaftsvolumen sogar schrumpft oder die Wirtschaft zwar weiter wächst, dieses Wachstum jedoch nicht länger den materiellen Wohlstand mehrt, weil die volkswirtschaftliche Leistungskraft zunehmend durch die Beseitigung und Begrenzung bereits angerichteter und zu erwartender Schäden gebunden wird.¹⁰

Es zerfällt aber auch psychisch. Die Bevölkerungen früh industrialisierter Länder altern rapide und nehmen verbreitet an Zahl ab. Das vermindert voraussichtlich ihre Innovations- in jedem Fall jedoch ihre Risikobereitschaft. Zunehmend fraglich ist auch, ob und inwieweit alternde und alles in allem materiell saturierte Bevölkerungen noch von Glücks- und Heilsversprechen der Konsumkultur angesprochen werden.¹¹

Ein dritter Faktor, der diese Kultur untergräbt, ist die manifest gewordene Unmöglichkeit, sie durch immer weitere Schulden aufrechtzuerhalten. Ohne derartige Schulden hätte sie jedoch schon vor Jahrzehnten ihr Wesen verändert. Nunmehr ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Völker der früh industrialisierten Länder weitgehend ohne öffentliche Schulden wirtschaften müssen, wenn sie sich nicht ruinieren wollen. Für viele bedeutet das, dass sie auf eine weitere Mehrung materiellen Wohlstands nicht mehr bauen können. Die Folge: Die Konsumfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten, die bereits seit geraumer Zeit sinkt,¹² wird künftig beschleunigt abnehmen.

¹⁰ Nach Berechnungen des DIW belaufen sich allein die Kosten des Klimawandels für Deutschland bis 2050 auf rund 800 Milliarden Euro. Vgl. Kempfert (2007), S. 169 f.

¹¹ Umfragen zufolge streben 64 Prozent der unter 30-, aber nur 4 Prozent der über 60-Jährigen nach mehr materiellen Gütern. Vgl. Miegel/Petersen (2008), S. 51.

¹² Von 2000 bis 2008 kam in Deutschland das BIP-Wachstum in Höhe von 9 Prozent nur dem oberen Zehntel der Einkommensbezieher zugute. Ihre Einkommen stiegen um 11 Prozent. Die verbleibenden 90 Prozent hatten dagegen Einkommensstagnation oder -rückgänge zu verzeichnen. Vgl. Denkwerk Zukunft (2011a).

2. Erweitertes Wohlstandsverständnis

Die sinkende Konsumfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten dürfte in Gesellschaften, die auf Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung fokussiert sind, soziale Spannungen und möglicherweise sogar erhebliche Störungen auslösen. Sollen diese vermieden oder zumindest gemildert werden, müssen die Grundlagen individueller Zufriedenheit und gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit den veränderten Bedingungen angepasst werden. Hierfür ist eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich, die allerdings - gerade in demokratisch verfassten Gemeinwesen - eine gemeinsame Voraussetzung haben: die Neuausrichtung überkommener, individueller und kollektiver Sicht- und Verhaltensweisen.

Besonders bedeutsam ist hierbei die Erweiterung eines Wohlstandsverständnisses, das über Generationen hinweg weitgehend auf Materielles verengt worden ist. Zwar wird materieller Wohlstand auch künftig wichtig bleiben, aber sein Erhalt und seine Mehrung werden keine hinreichende Antwort mehr auf die Sinnfrage erlauben. Immer mehr Menschen werden nämlich die Erfahrung machen, dass dieses bisherige Glücks- und Heilsversprechen früh industrialisierter Länder in zweifacher Hinsicht nicht länger eingelöst wird. Zum einen steigt ihr materieller Wohlstand nicht mehr und zum anderen machen materielle Wohlstandssteigerungen die meisten nicht mehr zufriedener, geschweige denn glücklicher.¹³

Immaterielle Wohlstandsformen

Damit rücken immaterielle Wohlstandsaspekte verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit. An ihrer Spitze steht vermutlich die Wiederentdeckung der Zeit oder genauer: der bewusst erfahrenen Lebenszeit - der Zeit für sich selbst und andere, aber auch der Zeit, um sich an der Natur und den Künsten zu erfreuen, sich zu bilden und seinen Horizont zu weiten, eine Fremdsprache zu erlernen, Sport zu treiben, müßig zu sein oder sich am politisch-gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Das alles ist bis heute -

¹³ Vgl. IfD-Allensbach (2009), S. 5 f. sowie Easterlin u.a. (2010).

auch wenn es stets eine gewisse Rolle gespielt hat - bei vielen überlagert von einem ausgeprägten Konsum- und Besitzstreben. Das dominierende Wohlstandsverständnis ist nach wie vor materiell geprägt.

Das strahlt in andere Lebensbereiche aus. So bemisst sich das Selbstwertgefühl vieler Menschen vornehmlich an materiellen Attributen - an der Art, wie sie sich kleiden oder wohnen können, an der Automarke oder dem Aufwand für die Urlaubsreise. Gute zwischenmenschliche Beziehungen, Fürsorge für andere, Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, interessante Freizeit- und künstlerische Aktivitäten und ähnliches mehr zählen demgegenüber vergleichsweise wenig. Trotz einer oft gegenteiligen Rhetorik gilt in den Augen vieler ein Leben zumeist erst dann als gelungen, wenn es wirtschaftlich erfolgreich ist. Wirtschaftlicher Erfolg deckt in materiell fokussierten Gesellschaften eine Fülle sonstiger Defizite zu.

Gefördert wird diese Fokussierung ferner durch den Umstand, dass insbesondere in demokratisch verfassten Gemeinwesen Gleichheit ein hohes Gut ist, diese Gleichheit jedoch im materiellen Bereich leichter zu erreichen oder zumindest einsichtiger in Aussicht zu stellen ist als im immateriellen. Durch Arbeit, Transfers und glückliche Fügungen lassen sich materielle Unterschiede in gewissem Umfang ebnen. Wenn dies gewollt ist, lassen sie sich sogar ganz beseitigen. Im immateriellen Bereich ist dies hingegen nicht bzw. nur innerhalb enger Grenzen möglich. Denn intellektuelle, künstlerische oder unternehmerische Begabungen sind ebenso ungleich verteilt wie körperliche Fähigkeiten oder soziale Kompetenzen. Deshalb ist in auf Gleichheit bedachten Gesellschaften die Neigung groß, immaterielle Wohlstandsattribute nicht allzu deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Das aber ist bei der notwendigen Erweiterung des Wohlstandsverständnisses unumgänglich.

Umso wichtiger ist es, dass bei einem allgemeinen Rückgang des materiellen Wohlstands nicht auch noch in diesem Bereich die Unterschiede

zwischen Individuen und Gruppen größer werden.¹⁴ Diese Gefahr besteht nicht zuletzt deshalb, weil die öffentliche Hand abnehmend in der Lage sein wird, die Höhe der bisherigen Transfers, die heute erheblich zum Ausgleich von Einkommen und Vermögen beitragen, aufrechtzuerhalten.

Einkommensstarke werden daher stärker noch als bisher diese Ausgleichsfunktion übernehmen müssen - sei es mittelbar durch höhere Steuern und Abgaben, sei es unmittelbar durch größeres bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist absehbar, dass gegen ersteres Widerstand geleistet werden dürfte und letzteres in vielen Fällen erst wieder eingeübt werden muss. Durch den umfassenden Ausbau des Sozialstaats sind nämlich viele Bürger der Übernahme größerer sozialer Verantwortung entwöhnt.

Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensformen

Für ein erweitertes Wohlstandsverständnis unverzichtbar sind schließlich Wirtschafts- und Lebensformen, die ungleich nachhaltiger sind als die Wirtschafts- und Lebensformen von Konsumkulturen. Während diese auf den möglichst raschen Durchsatz von Gütern und Diensten ausgerichtet sind, geht es bei einem erweiterten Wohlstandsverständnis vor allem auch darum, von materiellen Gütern möglichst wenig zu benötigen. Darüber hinaus wird Vorhandenes länger genutzt und - sofern möglich - sein Nutzen mit anderen geteilt. Dadurch werden weniger Ressourcen verbraucht, die Umwelt geschont und Mensch und Gesellschaft geringer belastet.

Allerdings sind weite Teile der Gesellschaft auch auf diesen Einstellungswandel bisher kaum vorbereitet. Noch immer ist für die Mehrheit "viel zu haben" eher Ausweis von Wohlstand als "wenig zu benötigen". Wenn dieses Wenige dann auch noch zu großen Teilen im immateriellen Bereich angesiedelt ist, vermögen viele darin keinen Wohlstand mehr zu erkennen. Aufgrund generationenlanger Prägungen ist ihre Wahrnehmung eine andere. Für sie ist "wenig zu benötigen" gleichbedeutend mit "wenig zu haben" und damit ein nicht kompensierter Wohlstandsverlust.

¹⁴ Vgl. Ziff. 5.5.

3. Hürden des Wandels

Lebewesen, die sich veränderten Bedingungen ihrer Existenz nicht anpassen, scheitern. Das Gleiche gilt für menschliche Gesellschaften, Kulturen und Zivilisationen. Halten große Bevölkerungsteile dauerhaft an überkommenen Sicht- und Verhaltensweisen fest, die im Widerspruch zu ihrer veränderten Lebenswirklichkeit stehen, vergehen sie. Ein solches physisches oder zumindest kulturelles Vergehen hat es in der Geschichte immer wieder gegeben.¹⁵

Eine Wiederholung dessen ist auch in der gegenwärtigen Lage nicht auszuschließen. Wiederum halten viele zäh an tradierten Produktionsmustern, Konsumgewohnheiten und Lebensstilen fest, obwohl deren Voraussetzungen entweder schon jetzt nicht mehr gegeben sind oder in absehbarer Zeit nicht mehr gegeben sein werden. Das Gewohnte fortzuführen hat für sie hohe Priorität. Für viele ist dies ein Wert an sich, für den sie gegebenenfalls auch bereit sind, schmerzhaftes Opfer zu erbringen.

Verwundern kann ein solches Verhalten nicht, ist es doch in gewisser Weise Ausdruck menschlicher Natur und Gesellschaft. Die Prägungen, die Individuen und Völker im Laufe ihrer Entwicklung erfahren, geben ihnen nicht nur Orientierung, sondern bilden zu einem Gutteil auch ihre Identität. Ihr Denken, Fühlen und Handeln oder pauschaler ihr "Bewusstsein" lässt sie sein, wie sie sind, wie umgekehrt ihr "Sein" sie so und nicht anders denken, fühlen und handeln lässt.

Bewusstseinswandel ist Identitätswandel

Bewusstseinsänderungen von Menschen grenzen deshalb häufig an Persönlichkeitsveränderungen, gegen die sich die meisten aus einsichtigen Gründen sperren. Deshalb erlitten auch die zahlreichen Versuche, einen "neuen Menschen" zu schaffen, regelmäßig Schiffbruch. Alles in allem blieben die Menschen wie sie waren, was nicht heißt, dass sie alle gleich

15 Vgl. Leggewie/Welzer (2009), S. 82ff.

waren oder sind. Denn die eine menschliche Natur weist stets auch sie differenzierende und spezifizierende Eigenheiten auf.

Menschen von ihren tief verinnerlichten und seit langem praktizierten Verhaltensmustern abzubringen, ist folglich äußerst schwierig. Mitunter dauert dies Generationen. Nicht wenige meinen sogar, es gelänge nur unter dem Eindruck von existentiellen Krisen und Katastrophen. So seien die Europäer erst dann bereit gewesen, halbwegs friedlich miteinander zu leben, als innerhalb von drei Jahrzehnten über 70 Millionen Menschen in mörderischen Kriegen und Repressionen zu Tode gekommen waren.

Die derzeitige Herausforderung ist hiermit durchaus vergleichbar. Immer mehr Individuen und Völker befinden sich in einem existenzbedrohlichen Konflikt mit den Potentialen dieser Erde. Aber ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts alle Friedensappelle weitgehend ungehört verhallen, werden auch heute wieder Mahnungen und Warnungen nach Kräften negiert. Die Einsicht, dass es nicht weitergehen könne und werde wie bisher, ist weit verbreitet. Doch Schlussfolgerungen hieraus werden - wenn überhaupt - nur recht halbherzig gezogen.

Enges Zeitfenster

Dabei ist die Zeit, die den Völkern der früh industrialisierten Länder und darüber hinaus der ganzen Menschheit für grundlegende Weichenstellungen verblieben ist, knapp bemessen. Damit beispielsweise die Erderwärmung im Vergleich zu 1990 nicht mehr als zwei Grad Celsius zunimmt, muss ein Land wie Deutschland seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent vermindern.¹⁶ Dass dies ein gewaltiger Kraftakt ist, ist offensichtlich. Doch mit jedem Jahr, das zusätzlich verstreicht, wird es unwahrscheinlicher, die gesteckten Ziele zu erreichen. Entsprechendes gilt für die Sanierung von Böden, Binnengewässern und Ozeanen oder den Schutz von Wäldern. Überall

¹⁶ Vgl. Bundesregierung (2010a) sowie WBGU (2009), S. 3.

drängt die Zeit und die Zweifel wachsen, ob sie überhaupt noch ausreicht, das Notwendige zu tun.

Bewusstseinswandel in der Bevölkerung unterschiedlich weit fortgeschritten

Dennoch ist der Kreis derer, die nicht nur von einer Anpassung an die sich ändernden Lebensbedingungen reden, sondern auch ihrer Einsicht gemäß handeln, bislang klein.¹⁷ Hinsichtlich ihrer Sicht- und Verhaltensweisen oder kurz: ihres Bewusstseins kann die Bevölkerung Deutschlands wie anderer wirtschaftlich entwickelter Länder - stark vergrößert - vier Gruppen zugeordnet werden:

- Menschen, die die Notwendigkeit einer nachhaltig veränderten Wirtschafts- und Lebensweise erkannt haben und sich entsprechend verhalten
- Menschen, die diese Notwendigkeit zwar erkannt haben, in ihrer Lebensführung aber aus Gewohnheit weiter machen wie bisher
- Menschen, die diese Notwendigkeit zwar ebenfalls erkannt haben, aber weitermachen wie bisher, weil sie darauf vertrauen, dass wissenschaftlich-technische und andere Innovationen es ermöglichen werden, den gewohnten Lebensstil beizubehalten
- Menschen, die die Notwendigkeit einer nachhaltig veränderten Wirtschafts- und Lebensweise entweder negieren oder sogar leugnen.

Die zahlenmäßige Größe dieser Gruppen ist schwer zu bestimmen. Sie schwankt sowohl von Region zu Region als auch im Zeitablauf. Darüber hinaus ist sie in hohem Maße ereignisabhängig. So schnell nach einer

¹⁷ So würde einer Umfrage zufolge gerade einmal jeder zehnte Bundesbürger einen Aufpreis von mehr als 10 Prozent hinnehmen, wenn Produkte dafür weniger stark zur Klimaerwärmung beitragen. 49 Prozent der Bevölkerung in Deutschland würden hingegen keinen Aufpreis für klimafreundliche Produkte akzeptieren, 41 Prozent maximal einen von bis zu 10 Prozent. Vgl. UBA (2010a), S. 39, Tab. 16. Tatsächlich dürfte der Anteil derer, die mehr zu zahlen bereit sind, aber noch kleiner sein. Denn erfahrungsgemäß ist der Anteil derjenigen, die tatsächlich nachhaltig handeln, kleiner als der Anteil derjenigen, die dies in Umfragen bekunden.

Katastrophe wie im japanischen Atomkraftwerk Fukushima die Zahl der Energiebewussten nach oben, um dann allerdings ebenso rasch wieder zurückzugehen. Ähnlich verhält es sich beim Öl- oder Gasverbrauch, beim schonenden Umgang mit Böden, Luft und Wasser oder beim Konsum von Fleisch, Fetten, Zucker und anderen Nahrungsmitteln.

Vieles spricht jedoch dafür, dass die zweite und dritte Gruppe, die im Gewohnten Verharrenden und die Innovationsgläubigen, die große Mehrheit bilden. Demgegenüber nimmt die erste Gruppe, nämlich diejenigen, die ihren Einsichten entsprechend handeln, allmählich an Zahl zu, während die vierte Gruppe, die Leugner und Negierer, im Schwinden begriffen sein dürfte.¹⁸ Jedenfalls tritt sie in der Öffentlichkeit abnehmend in Erscheinung. Das aber heißt: Der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Wirtschafts- und Lebensweise, die der veränderten Wirklichkeit gemäß ist, ist bei den meisten nicht fehlende Erkenntnis, sondern die Unfähigkeit, der Erkenntnis gemäß zu handeln.

Dies dürfte vor allem fünf Gründe haben:

3.1 Herausforderungen scheinbar unbestimmt und fern

Auch wenn die meisten mittlerweile erkannt haben, dass ihre tradierten Sicht- und Handlungsweisen weder zukunfts- noch verallgemeinerungsfähig sind, stehen namentlich in den früh industrialisierten Ländern die wenigsten unter existentiellstem Druck, ihr Verhalten entsprechend zu ändern. Die Herausforderung erscheint der Mehrheit so unbestimmt und fern, dass sie gewissermaßen nur die rechte Hirnhälfte berührt. Ihr fehlt bislang die emotionale Dimension, die auch die linke Hirnhälfte ansprechen und dadurch den einzelnen zum Handeln veranlassen könnte.

Während sich die meisten sehr konkret vorstellen können, arbeitslos oder krank zu sein und von dieser Vorstellung auch emotional bewegt werden,

¹⁸ Für die hier beschriebenen Tendenzen spricht unter anderem, dass Existenz und Risiken der anthropogen verursachten Klimaerwärmung nach und nach von immer größeren Bevölkerungsteilen als gegeben angesehen wurden und heute allgemein anerkannt sind. Verneint wird deren Existenz nur noch von sehr kleinen Minderheiten.

sind Gedanken an Klimaveränderungen, steigende Meeresspiegel, Artenschwund oder global rückläufige Ernteerträge mehr oder minder abstrakt. Der Einzelne erlebt diese Phänomene als Wetterkapriolen oder allenfalls -extreme, maritime Messdaten, biologische Mitteilungen und Berichte aus fernen Ländern. Die wenigsten sehen als Bewohner von Atollen ihre Heimat im Wasser versinken oder als Imker ihre Bienenvölker sterben.

Darüber hinaus haben viele die nicht unbegründete Hoffnung, dass es für sie und vielleicht auch noch ihre Kinder "reichen" könnte, sie also nicht gezwungen sind, bereits im eigenen Interesse Veränderungen ihrer Lebensführung vornehmen zu müssen. Zwar werden derartige Veränderungen auch aus ihrer Sicht eines Tages unumgänglich sein, aber eben erst in ein oder zwei Generationen. Das aber ist den meisten zu fern, um jetzt schon aktiv zu werden. Durch seine Evolution ist der Mensch darauf konditioniert, den Tag zu meistern und gegebenenfalls noch den nächsten Winter. Aber bereits Vorsorge für das eigene Alter fällt Jüngeren häufig schwer und noch schwerer fallen Verhaltensänderungen, um Entwicklungen zu vermeiden, von denen man selbst - sei es zeitlich oder räumlich - unter Umständen gar nicht betroffen ist.

Schließlich wird die Veränderungsbereitschaft dadurch vermindert, dass die meisten sich im Bestehenden nicht nur irgendwie eingerichtet haben, sondern dessen vielfältige Annehmlichkeiten zu schätzen wissen. Für sie stehen noch immer die Vorzüge der materiellen Wohlstandsmehrung der jüngeren Vergangenheit ganz im Vordergrund - komfortable Wohnungen, schnittige Autos, aufwändige Urlaubsreisen. Die Schatten all dessen sind für sie demgegenüber nachrangig.

3.2 Manipulation und Desinformation

Zweitens bestärken Individuen und Gruppen bis hin zu gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien die Öffentlichkeit, die bisherige Lebensführung fortzusetzen. Sie tun dies nicht zuletzt, um selbst in tradierten Denk- und Handlungsmustern verharren zu können. Deshalb plädieren sie für ständig weiteres Wirtschaftswachstum und entsprechende Produktions- und Konsumsteigerungen. Höherer Konsum wird auch in den materiell wohlhabenden Ländern noch immer als wünschenswertes

Ziel und gelegentlich als geradezu patriotische Pflicht ausgegeben.¹⁹ Der Aufwand, der für die Erreichung dieses Zieles betrieben wird, ist immens.²⁰

Mit Rücksicht auf den verbreiteten Bewusstseinswandel großer Bevölkerungsteile wird dabei allerdings zunehmend der Eindruck erweckt, als sei anhaltende wirtschaftliche Expansion problemlos mit ökologischen Maximen wie Ressourcenschonung und Umweltverträglichkeit vereinbar. Im Einzelfall mag dies zutreffen. Nicht selten ist dieser Eindruck aber auch falsch oder zumindest irreführend. Mitunter vermarkten Unternehmen ihre Produkte ganz bewusst als ökologisch unbedenklich, obwohl ihre Produktion alles andere als nachhaltig ist.²¹ Doch der Verbraucher wird von derartigen Vermarktungsstrategien zunächst gefangen genommen und verhält sich wider seinen eigentlichen Intentionen.

Auch große Teile der Politik wirken in diese Richtung. Zwar betont eine wachsende Zahl von Politikern die Notwendigkeit nachhaltigen und das heißt vor allem ökologischen Wirtschaftens. Aber spätestens im Konfliktfall treten ökologische Erwägungen schnell in den Hintergrund. Birgt ihre Berücksichtigung gar die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten oder sozialen Unruhen, bleiben sie häufig gänzlich unbeachtet.²² Dann zählt nur noch wirtschaftliches Wachstum einschließlich steigender Löhne, Sozialleistungen, Gewinne und öffentlicher Einnahmen. Dass dieses Wachstum auch einen Preis hat, wird verdrängt.

Den Bürger muss diese Art von Signalement verwirren. Einerseits wird ihm fortwährend nahe gelegt, sein bisheriges Ressourcen verbrauchendes und Umwelt belastendes Verhalten einzudämmen. Andererseits wird

¹⁹ Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rief US-Präsident George Bush die Bevölkerung auf: "Geht raus und kauft, das ist das Patriotischste, was ihr machen könnt." Vgl. FTD (2008).

²⁰ Vgl. Anmerkung 4.

²¹ Diese Strategie wird auch als Greenwashing bezeichnet.

²² Mit deutlicher Mehrheit sprechen sich die Deutschen etwa dafür aus, im Konfliktfall der Sicherung des Wohlstands (54 Prozent), der Schaffung von Arbeitsplätzen (63 Prozent) und der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (60 Prozent) Vorrang vor Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen einzuräumen. Vgl. UBA (2010a), S. 18, Abb. 4.

er mit ausgefeiltesten Methoden und der Autorität von Politik veranlasst, faktisch genau das Gegenteil zu tun. Für viele ist das ein unlösbarer Konflikt. Da liegt es nahe, sich im Gewohnten weiter treiben zu lassen und nicht die Mühen auf sich zu nehmen, die mit Verhaltensänderungen in der Regel verbunden sind.

3.3 Gefühl der Ohnmacht

Ein dritte Hürde, die auf dem Weg zu einer veränderten Lebensführung genommen werden muss, ist die Überwindung des Gefühls der Ohnmacht in Anbetracht der Größe der Herausforderung und dem Umstand, dass viele (noch) nicht bereit sind, den Weg mitzugehen. Da fragt sich der Einzelne, was er schon gegen Ressourcenvergeudung und Umweltzerstörung unternehmen kann, wenn gleichzeitig Milliarden von Menschen alles daran setzen - ressourcenintensiv und umweltbeeinträchtigend - ihren materiellen Lebensstandard auf ein sozio-kulturelles Mindestniveau zu heben und darüber hinaus die Weltbevölkerung täglich um rund 250.000 Menschen zunimmt, die ebenfalls alle essen und trinken, sich kleiden und ein Dach über dem Kopf haben wollen.

Und in der Tat: Der ernüchternde Befund ist, dass trotz wachsender Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen der bisherige Kurs nicht nur im Großen und Ganzen fortgesetzt wird, sondern auch die durch ihn verursachten Schäden ständig größer werden. Die Lebensgrundlagen der Menschheit haben sich trotz allmählich ausbreitenden Bewusstseinswandels weiter verschlechtert und ein Ende dieses Trends ist vorerst nicht abzusehen. Dies wirkt lähmend, vor allem wenn einzelne Staaten, gesellschaftliche Gruppen oder auch Individuen darauf bestehen, ihre materiell aufwändige Lebensweise fortzusetzen und diese sogar noch zu intensivieren. Internationale Konferenzen zum Schutze der Umwelt bieten hierfür bedrückende Belege.²³

²³ Beispiele sind die UNO-Klimakonferenzen in Kopenhagen (2009) und Cancun (2010).

Dabei ist den meisten Akteuren in Wirtschaft und Politik das Problematische ihres Verhaltens durchaus bewusst. Sie versuchen jedoch, sich vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit mit dem Argument zu rechtfertigen, dass sich andere ja genauso verhielten und sie deshalb durch die Änderung ihres eigenen Verhaltens nur wirtschaftliche Nachteile erlitten, ohne dass die Welt dadurch "gerettet" würde. Verhaltensänderungen seien nur zumutbar und sinnvoll, wenn sie von allen gleichermaßen eingefordert würden. Das aber könne nur die Politik. Diese stehe deshalb in der Pflicht, das zur Sicherung der Lebensgrundlagen Notwendige zu tun. Ein einzelnes Unternehmen oder gar Individuum sei damit überfordert.

Das bestärkt viele in ihrer Auffassung, selbst kaum etwas zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen zu können. Und eilig übertragen sie ihre Verantwortung auf Politik und Wirtschaft. Diese sollen dafür sorgen, dass beispielsweise Automobile umweltfreundlicher werden oder Elektrogeräte weniger Strom verbrauchen. Dass auch die umsichtigere Nutzung derartiger Produkte ähnlich positive Wirkungen hat, ist nur für eine Minderheit eine Alternative. Die Mehrheit begnügt sich mit Aktionen, die in ihrer Summe zwar nicht allzu wirksam sind, ihr aber das Gefühl vermitteln, für das als richtig Erkannte etwas getan zu haben.²⁴ Sie trennen ihren Müll und benutzen Energiesparlampen, fahren aber weiter große Autos oder verbringen ihren Urlaub in fernen Ländern.²⁵ Denn die Anderen machen es ja ebenso.

3.4 Unwissen und Unvermögen

Ein vierte zu überwindende Hürde sind Unwissen und Unvermögen, die in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch beim Einzelnen anzutreffen sind. Der Grund für diese Defizite: Obwohl die starke Expansion der Wirtschaft ein historisch recht genau zu datierendes

²⁴ Vgl. Knaus/Renn (1998), S. 145.

²⁵ Dieser Mechanismus wird auch als „single action bias“ bezeichnet. Das heißt, es werden wenige Einzelmaßnahmen, die nach Möglichkeit nicht viel kosten und leicht umsetzbar sind, ergriffen, um an der Mehrzahl gewohnter Verhaltensweisen nichts ändern zu müssen. Vgl. CRED (2009), S. 21f.

Phänomen ist, wurde lange Zeit weitgehend unreflektiert unterstellt, dass sie von Dauer sei. Damit erübrigte sich das Nachdenken über Optionen. Ob und wie Wirtschaft, Gesellschaft und auch das Individuum außerhalb des Paradigmas fortwährenden Wirtschaftswachstums gedeihen können, wurde ernsthaft nicht mehr erörtert. Die Arbeiten des Club of Rome und anderer, die in den 1970er Jahren deutlicher als zuvor Grenzen des Wachstums aufzeigten, kamen deshalb für viele als unangenehme Überraschung, vor der sie die Augen verschlossen. Nicht wenige tun dies noch heute.

Es waren weitgehend Außenseiter, die sich mit einiger Systematik der Frage widmeten, wie unter Bedingungen einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft der Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, die öffentlichen Haushalte und anderes mehr funktionieren könnten. Die breite Öffentlichkeit einschließlich aller Parteien, hielt an dem überkommenen Diktum fest: Ohne Wachstum keine Investitionen, keine Vollbeschäftigung, keine soziale Sicherheit, keine konsolidierten öffentlichen Haushalte und auch keine Hilfe für die Armen und keine qualifizierte Bildung.²⁶ Erst in jüngster Zeit wird diese Gleichung kritisch hinterfragt und intensiv darüber nachgedacht, wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und die Lebenszufriedenheit des Einzelnen auch ohne permanente wirtschaftliche Expansion gewährleistet werden können.²⁷

Allerdings ist aus diesem Nachdenken bislang noch kein schlüssiges Gesamtkonzept hervorgegangen, das das herrschende Paradigma ohne größere Verwerfungen ersetzen könnte. Dafür ist die Entwicklung noch zu jung und folglich erst in Teilbereichen überzeugend ausgereift. Doch solange hier keine weiteren Fortschritte zu verzeichnen sind, halten große Teile von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Tradierten fest. Das

²⁶ So Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 10. November 2009. Vgl. Bundesregierung (2009), S. 4.

²⁷ So fördert die DFG bis 2015 eine Forschergruppe von Soziologen an der Universität Jena, die u.a. der Frage nachgehen, was eine sinkende Wirtschaftskraft für die Funktionsfähigkeit von "Wohlfahrtsstaaten" bedeutet. Vgl. Friedrich-Schiller-Universität (2011).

aber wiederum hemmt notwendige Erkenntnisprozesse. Denn nur wenn die Aussicht besteht, dass Konzepte auch umgesetzt werden können, besteht ein Anreiz, sie weiter zu entwickeln. Zurzeit gibt es hier eine Art Selbstblockade.

Das gilt in gewisser Weise auch für den Einzelnen. Er hat oft nur gelernt, seine Lebensführung auf materielle Wohlstandsformen zu gründen und mehr oder minder passiv zu konsumieren. Eine stärker an immateriellen Wohlstandsformen orientierte Lebensführung erfordert jedoch in erheblichem Maße Eigeninitiative und aktives Handeln. Das trifft auf die Pflege mitmenschlicher Beziehungen ebenso zu wie auf bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit, Hobbys oder sportliche, künstlerische und intellektuelle Betätigungen.²⁸ Das alles erfordert Kompetenzen, die der Einzelne nicht selten erst erwerben muss. Vor den Mühen, die damit verbunden sind, schrecken nicht wenige zurück.

3.5 Wenige Vorbilder

Trotz aller Gleichheitspostulate demokratisch verfasster Gemeinwesen gibt es auch in diesen Individuen und Gruppen, an denen sich die Mehrheit orientiert.²⁹ Diese versucht den Lebensstil jener zu kopieren und wenn das nicht möglich ist, empfindet sie die Sicht- und Verhaltensweisen ihrer Vorbilder zumindest als "richtig".

Das Problem: Da diese Vorbilder ihren Status unter Bedingungen des materiell dominierten Paradigmas erworben haben, zeichnen sie sich in der Regel durch weit überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Erfolg aus. Wirtschaftlich nicht oder nur mäßig Erfolgreiche werden hingegen nur selten als Leitfiguren angesehen.

Damit befinden sich jedoch sowohl diese Leitfiguren als auch die Gesellschaft als Ganzes in einem Dilemma. Denn um unter den Bedingungen

²⁸ Vgl. Miegel (2010), S. 159ff.

²⁹ Die Gruppen werden häufig als Leitmilieus bezeichnet. Vgl. zur Verteilung sozialer Milieus in Deutschland u.a. Sinus-Sociovision GmbH (2009).

des neuen Paradigmas Leitfigur zu sein, müssten gerade die wirtschaftlich Erfolgreichen einen materiell anspruchlosen und zugleich einen an immateriellen Wohlstandsformen reichen Lebensstil pflegen. Das aber tun nur wenige. Die meisten wollen ihren wirtschaftlichen Erfolg auch als solchen genießen und das heißt zumeist materiell. Dieses Dilemma ist zahllose Male thematisiert worden, wobei seine überzeugendste Lösung stets darin bestand, den materiellen Wohlstand mit anderen zu teilen oder ihn zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwenden.

Geschehen ist dies jedoch nur ausnahmsweise. In der Lebenswirklichkeit pflegen wirtschaftlich besonders Erfolgreiche einen materiell sehr aufwändigen Lebensstil, wobei die ostentativen Luxusleben Einzelner und kleiner Gruppen nur die Spitze eines Eisbergs sind. Bewusstseinsprägend wirkt auch das Verhalten bloß überdurchschnittlich Erfolgreicher, die den Anderen vorleben, dass Erfolg vor allem materieller Erfolg ist und dieser dazu berechtigt, mehr Ressourcen zu verbrauchen und die Umwelt stärker zu belasten als der Durchschnitt. Das führt dazu, dass in früh industrialisierten Ländern rund achtzig Prozent des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung von nur etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung ausgehen.³⁰ Ironischerweise meint gerade diese Gruppe häufig, umweltbewusst zu sein.³¹

Der Kreis materiell Wohlhabender, der sich selbst beschränkt und der Mehrheit eine Vorstellung davon vermittelt, dass Lebenszufriedenheit und sozialer Status auch ohne größeren Mitteleinsatz möglich sind, ist immer noch klein. Gerade in diesen Bevölkerungsgruppen muss deshalb ein Umdenken einsetzen, wenn der erforderliche Bewusstseinswandel ohne revolutionäre Verwerfungen erfolgen soll.

³⁰ Vgl. Weller (2007), S. 3.

³¹ So gehören die Mitglieder des so genannten post-materiellen Milieus ebenfalls mehrheitlich zu den wirtschaftlich stärkeren und ressourcenintensiv lebenden Teilen der Bevölkerung. Vgl. a.a.O.

4. Gesellschaftliche Potentiale mobilisieren

Um die Hürden zu überwinden, die den Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise versperren, bedarf es der Aktivierung unterschiedlichster individueller und kollektiver Kräfte. Voraussetzung hierfür ist die umfassende Aufklärung der Bevölkerung über die Risiken und Schwächen ihres derzeitigen, materiell geprägten Lebensstils und die Potentiale mehr immaterieller Formen, die Befähigung von Menschen, mit weniger materiellem Wohlstand erfüllte Leben zu haben und die Gewährleistung gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit. Hinzu kommt die Bereitschaft der Politik, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, wenn dies für die Schaffung zukunftsfähiger Wirtschafts- und Lebensformen erforderlich ist.³²

4.1 Stärker immaterielle Lebensstile entwickeln

Damit Menschen von ihrer Fokussierung auf lieb gewonnene materielle Sicht- und Verhaltensweisen Abstand nehmen und die Potentiale stärker immateriell geprägter Lebensstile besser erkennen, brauchen sie eine Vorstellung davon,

- wie es sich auch mit geringerem materiellen Wohlstand gut leben lässt,
- wie sie bei sinkenden Einkommen und Konsummöglichkeiten Zufriedenheit und sozialen Status erlangen,
- wie ressourcen- und umweltschonende Wirtschaftsweisen sowie stärker immateriell geprägte Lebensstile aussehen, die die Bevölkerung nicht überfordern und
- wie eine Gesellschaft auch ohne materielle Wohlstandsmehrung funktionsfähig bleibt.

³² Vgl. Ziff. 5.

Breiten und offenen gesellschaftlichen Suchprozess anstoßen

Antworten auf diese Fragen müssen in einem umfassenden gesellschaftlichen Suchprozess gefunden werden. Zwar sind die Anfänge dazu bereits gemacht. Von Stadtbegrünungsinitiativen, urbanen Gärten, Car-Sharing-Systemen, Reparatur-Netzwerken und ökologischen Einkaufsgemeinschaften über Mehrgenerationenhäuser, Bürgerkraftwerke und sozialem Unternehmertum bis hin zur Ausgabe von Regionalwährungen und der Gründung sich weitgehend selbst versorgender Transition-Towns gibt es zahlreiche Beispiele dafür, wie sich Menschen von materiell aufwändigen Wirtschafts- und Lebensweisen lösen bzw. sich stärker immateriellen Wohlstandsformen zuwenden und dies als Bereicherung empfinden.³³ Sie beziehen hieraus Befriedigung, Selbstbestätigung, Wertschätzung und soziale Anerkennung. Bisher trifft dies aber nur auf sehr kleine Gruppen zu. Außerdem sind deren Ideen und Konzepte häufig noch unangereift oder untauglich, um von breiten Bevölkerungsschichten umgesetzt zu werden.

Pioniere des Wandels müssen voranschreiten

Deshalb muss der Suchprozess auf eine breitere gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Es bedarf erheblich mehr Pioniere, die voranschreiten und der Bevölkerungsmehrheit vorleben, wie sozialer Status, individuelles Wohlbefinden und erfüllte Leben auch mit weniger materiellem Wohlstand erreicht werden können.

Voraussetzung hierfür ist zum einen ein gesellschaftliches Klima, das offene Diskussionen, Experimente und die Erprobung auch unkonventioneller Ideen zulässt. Zum anderen müssen mehr Menschen, gesellschaftliche Institutionen³⁴ und Unternehmen eine aktivere Rolle spielen. Statt zu-

³³ Vgl. hierzu unter anderem Müller (2011), Steffen (2008) sowie Denkwerk Zukunft "Inspiration - Leuchttürme".

³⁴ Hierzu gehören u.a. die Verbraucherorganisationen wie die Verbraucherzentralen, Verbraucherinstitute, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, die Stiftung Warentest u.a.

erst nach dem Staat zu rufen oder von anderen zu verlangen, sich zu ändern, sollten möglichst viele bei sich selbst beginnen. Je häufiger Bürger, soziale Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und andere stärker immateriell geprägte Lebensstile erproben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass verallgemeinerungsfähige Ideen und Konzepte gefunden werden und desto größer wird der Druck auf Politik und Wirtschaft, die Erneuerung der Wirtschafts- und Lebensweisen aktiv mitzugestalten und Barrieren für den Suchprozess abzubauen.³⁵

Vor allem aber nimmt mit der Zahl der Menschen, die als "Pioniere des Wandels"³⁶ voranschreiten, auch die Zahl derjenigen zu, die in ihrem unmittelbaren Umfeld mit stärker immateriell geprägten Lebensweisen in Berührung kommen. Je mehr Menschen direkt miterleben, dass Freunde, Nachbarn und Kollegen glücklich und zufrieden sind, ohne ständig neue materielle Status- und Konsumgüter zu erwerben, desto eher dürfte dies ihr eigenes Denken und Handeln verändern und desto höher dürfte die Bereitschaft sein, selbst immateriell geprägte Lebensstile zu entwickeln.

Gesellschaftliche Verantwortung von Prominenten und wirtschaftlich Erfolgreichen einfordern

Besondere Verantwortung haben dabei Menschen, die Vorbilder für andere sind. Zu ihnen zählen vor allem Prominente wie Schauspieler, Entertainer, Musiker, Leistungssportler oder Models. Würden sie in der Öffentlichkeit seltener durch hohe Einkünfte und die Zurschaustellung materiell aufwändiger Konsumgüter in Erscheinung treten, sondern vielmehr durch eine materiell bescheidenere Lebensführung, soziales Engagement oder ökologisch nachhaltiges Verhalten, würde dies das gesellschaftliche Ansehen immateriell geprägter Lebensweisen spürbar erhöhen.

Besonders gefordert sind darüber hinaus die überdurchschnittlich wirtschaftlich Leistungsfähigen. Gerade von ihrem bürgerschaftlichem, vor al-

³⁵ Vgl. Ziffer 5 sowie Kreye (2011) und Wehrspau (2010), S. 14f.

³⁶ WBGU (2011), S. 6f.

lem auch finanziellen Engagement für das gemeine Wohl wird künftig die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit maßgeblich abhängen. Dabei ist es nicht mit gelegentlichen Spenden und Aufmerksamkeiten getan. Wenn künftig die materielle Leistungsfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten sowie des Staates sinkt, müssen öffentliche Schwimmbäder, Parks, Sportplätze, Opernhäuser oder begabte Studenten aus einkommensschwachen Familien von denjenigen gefördert werden, die hierzu über die Zahlung staatlicher Steuern und Abgaben hinaus fähig sind. Ohne ihr substantielles und dauerhaftes Engagement, sei es in Form von Stiftungen, Schenkungen, Spenden, Stipendien oder persönlicher Arbeitsleistung, werden gesellschaftliches Miteinander, soziale Sicherheit und sozialer Frieden Schaden nehmen.³⁷

Zivilgesellschaftliche Kooperationen fördern

Ferner müssen, um den Suchprozess nach zukunftsweisenden Wirtschafts- und Lebensweisen zu fördern, staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen enger als bisher zusammen arbeiten. Zu oft stehen ihre Aktivitäten unverbunden nebeneinander, so dass sie viel von ihrer möglichen Wirkung einbüßen. Darüber hinaus werden auf diese Weise personelle, intellektuelle und nicht zuletzt finanzielle Ressourcen unzureichend genutzt.

Ursächlich hierfür ist vor allem ein noch immer verbreitetes Denken in parteipolitischen und/oder weltanschaulichen Kategorien sowie der Glaube an die Allmacht technologischer und marktwirtschaftlicher Lösung aller Probleme. Dies betrifft sowohl den staatlich/politischen Bereich als auch die Wirtschaft und die Institutionen der Zivilgesellschaft als auch das Verhältnis der verschiedenen Bereiche zueinander. Nicht selten bestehen unter den Akteuren geradezu Berührungängste oder zumindest misstrauen sie einander. Dieser Zustand muss überwunden werden. Kooperationsmöglichkeiten umfassen dabei nicht nur die Suche nach verallge-

³⁷ Vgl. Miegel (2010), S. 205 ff.

meinerungsfähigen Wirtschafts- und Lebensweisen etwa durch gemeinsame Forschung, die Verwirklichung von Innovationen und Pilotprojekten, die Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen oder die Einwerbung von Finanzmitteln. Ein gemeinsames und damit schlagkräftiges Auftreten ist auch eine wichtige Voraussetzung, um mögliche Lösungen breiten Bevölkerungsschichten sowie der Politik bekannt zu machen.

4.2 Über Chancen immateriell geprägter Lebensweisen aufklären

Um die Sicht- und Verhaltensweisen breiter Bevölkerungsschichten zu verändern, muss noch intensiver als bisher über die Risiken materiell aufwändiger Wirtschafts- und Lebensweisen, die Grenzen technischer Innovationen und Effizienzsteigerungen sowie vor allem die Chancen stärker immateriell geprägter Wirtschafts- und Lebensweisen aufgeklärt werden.

Die wichtigste Institution hierfür sind neben dem Bildungswesen die Medien. Ebenso wie Journalisten, Publizisten, Filmemacher, Drehbuchautoren, Werbetreibende und alle, die sich über die Medien an die Öffentlichkeit wenden, in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen haben, die westliche Konsumkultur auszuformen, können sie künftig eine treibende Kraft für einen neuerlichen Bewusstseinswandel sein.³⁸

Emotional und lebensnah berichten

Allerdings muss sich die Art und Weise, in der über Risiken materiell aufwändiger bzw. Chancen stärker immaterieller Lebensstile berichtet wird, ändern. Von der derzeitigen Berichterstattung werden viele Menschen nicht angesprochen. Sie ist für sie zu abstrakt und hat nur wenig mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun. Darüber hinaus wird sie nicht selten in den elektronischen Medien zu ungünstigen Zeiten ausgestrahlt bzw. in den Printmedien so platziert, dass der Eindruck entsteht, sie seien weniger wichtig. Zumeist entnehmen die Menschen diesen Berichten nur, dass ir-

³⁸ Vgl. Assadourian (2010a), S. 210 ff. sowie Kasser (2002), S. 109.

gendetwas mit ihrer Lebensführung nicht stimmt. Was dies jedoch konkret ist und wie sie ihr Verhalten ändern müssten, bleibt im Ungefähren und Unverbindlichen. Die wenigsten sind in der Lage, Mitteilungen beispielsweise über den Klimawandel oder den Artenschwund in ihren Alltag zu übersetzen und entsprechende Schlussfolgerungen für sich und andere zu ziehen. Deshalb erkennen sie auch nicht, dass sie durch ihr eigenes Handeln und Unterlassen maßgeblich zu diesen Entwicklungen beitragen bzw. durch Verhaltensänderungen die Entwicklung in eine zukunftsfähige Richtung lenken können.

Um das Denken, Fühlen und Handeln grundlegender zu verändern, müssen Berichte und Sendungen wesentlich lebensnaher sein und Menschen emotional berühren. Abstrakte und ferne Phänomene wie Ressourcenverschwendung, ökologischer Raubbau, Artensterben, Klimawandel oder der Anstieg des Meeresspiegels müssen als persönliche oder als Bedrohung von Menschen, Lebewesen oder Dingen, die einem viel bedeuten, wahrgenommen werden. Ebenso müssen Berichte über stärker immaterielle Lebensweisen das Gefühl vermitteln, durch sie persönlich bereichert zu werden und die Wertschätzung und Anerkennung anderer Menschen zu erfahren.

Informationen in Unterhaltungsformate einbetten

Für eine emotionale und lebensnahe Aufklärung eignen sich unterhaltsame Informationssendungen, so genannte Infotainment-Formate. Diese richten sich an Personen, die nicht in erster Linie nach Wissen, sondern nach Unterhaltung und Zerstreung suchen. Sachthemen und praktische Lösungen werden im Rahmen von Dokumentationen, Comic-Filmen, Reality-Shows oder Quiz-Sendungen in spannende und/oder alltägliche Geschichten eingebettet (Story-Telling). Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist aus dem niederländischen Fernsehen die Sendung "Echt Elly", in der die bei wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen beliebte Prominente Elly Lockhorst unter anderem zeigt, wie sie sich umweltfreundlich verhält, indem sie im Alltag Strom und Wasser spart und Dinge wiederverwertet. Aufgrund ihres mitunter hohen Unterhaltungswertes für breite

Bevölkerungsschichten werden Infotainment-Formate zudem auch zu attraktiven Zeiten ausgestrahlt.³⁹

Zielgruppenspezifische Sprache finden

Um die meinungsbildende Wirkung von Informationssendungen zu erhöhen, sollte die gewählte Sprache die weltanschaulichen bzw. milieuspezifischen Hintergründe der Zielgruppen berücksichtigen. So ist es für religiöse Menschen ungleich aufrüttelnder, wenn statt des "Ökosystems" die "Schöpfung" in ihrem Bestand bedroht ist. Zudem werden Glaubwürdigkeit und Bedeutung von Informationen erhöht, wenn sie von Experten mit unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründen vermittelt werden.⁴⁰

Verhaltensänderungen durch mediale Rollenbilder stärken

Die Wertschätzung für immaterielle Wohlstandsformen könnte weiterhin erhöht werden, wenn die Akteure in Filmen und Fernsehsendungen, Computerspielen und ähnlichem diese wie selbstverständlich vorlebten. Statt großer Autos könnten sie auch U-Bahn oder Straßenbahn fahren.⁴¹ Umgekehrt könnte materiell aufwändiges Verhalten negativ apostrophiert werden. Während beispielsweise in älteren Filmen viele Schauspieler rauchen, gilt dies heute häufig nur noch für solche, mit denen sich niemand identifizieren möchte. (Dreh-)Buchautoren sind mithin gefordert, überzeugende Charaktere mit stärker immateriell geprägten Lebensweisen zu entwerfen. Finden solche Bücher, Filme und Serien ihr Publikum, sind Produzenten, Verlage, Fernsehsender und Unternehmen auch bereit, sie zu finanzieren, zu publizieren, auszustrahlen bzw. ihre Spots in den Werbepausen zu senden.

³⁹ Mehrere Beispiele von Infotainment-Formaten finden sich bei CSCP (2010), S. 26ff.

⁴⁰ Vgl. Kahan et al. (2010), S. 23ff. und CRED (2010), S. 6f.

⁴¹ Ein Beispiel hierfür ist Zürich, wo schon in den 1980er Jahren das Straßenbahnnetz effizient ausgebaut wurde. Ferner wurde auf großen Werbetafeln gezeigt, dass auch wirtschaftlich starke Bevölkerungsgruppen die Straßenbahn benutzen.

Meinungsprägende Kraft von Werbung und Prominenten nutzen

Ein wichtiges Instrument, um über Emotionen das Denken und Handeln von Menschen zu beeinflussen, ist die Werbung. Statt wie gegenwärtig fast ausschließlich materielle Wunschbilder zu erzeugen, sollte sie künftig auch dazu beitragen, den Status von und die Wertschätzung für immaterielle Wohlstandsformen zu erhöhen. Erfolgreiche Kampagnen gegen Rauchen und Fettleibigkeit bzw. für das Anlegen von Sicherheitsgurten oder Safer Sex zeigen, dass durch Werbung präventive und/oder gemeinwohlorientierte Verhaltensweisen begünstigt werden können.⁴² Bisher entfällt auf dieses so genannte "soziale Marketing" allerdings nur ein winziger Bruchteil der globalen Werbebudgets.⁴³ Ohne ein stärkeres Engagement von potentiellen Geldgebern aus der (Zivil-)Gesellschaft wird sich hieran kaum etwas ändern. Denn von sich aus werden sich Unternehmen und Werbewirtschaft kaum für materiell weniger aufwändige Wirtschafts- und Lebensweisen einsetzen und sich damit ein Stück weit selbst ihrer Geschäftsgrundlage berauben.

Auch hier ist wieder die Vorbildfunktion prominenter Personen gefragt. Gegenwärtig werben Schauspieler, Sportler oder Musiker vor allem für schnelle Autos, teuren Schmuck oder Fernreisen. Genauso gut könnten sie sich dafür einsetzen, das Image des öffentlichen Personen-Nahverkehrs, von kulturellen Veranstaltungen, Musikunterricht, Nachbarschaftshilfe oder nachhaltigen Investments zu erhöhen. Da sie hierfür keine oder deutlich geringere Gagen erhielten, gingen sie gleich doppelt mit gutem Beispiel voran.

Interaktive Medien einsetzen

Insbesondere der jüngere Teil der Bevölkerung nutzt intensiv Kommunikations- und Unterhaltungsformate der neuen Medien wie Blogs, Chats,

⁴² Vgl. Sachs/Finkelpearl (2010), S. 212ff.

⁴³ Vgl. Assadourian (2010a), S. 210f.

You-Toube, Twitter, soziale Netzwerke und andere mehr.⁴⁴ Diese Foren sind nicht nur geeignete Kanäle, um über Risiken und Chancen aufzuklären. Aufgrund ihrer interaktiven Möglichkeiten haben sie vor allem das Potential, den Suchprozess nach stärker immateriell geprägten Wirtschafts- und Lebensweisen zu beschleunigen. Menschen, die materiell weniger aufwändige Lebensstile erproben, können hierüber Erfahrungen austauschen und voneinander lernen. Ausgehend von virtuellen Räumen finden die Themen dann meist auch ihren Weg in die reale Welt. Sie werden von Nachahmern aufgegriffen oder bilden den Gesprächsstoff auf Schulhöfen, Parties oder im Büro. So können sich Ideen mitunter sehr schnell ausbreiten. Außerdem können sich Gleichgesinnte über diese Kanäle vernetzen und gegenseitig Wissen und Kompetenzen vermitteln. Beispiele hierfür sind themenspezifische Netzwerke wie Utopia⁴⁵ oder SPREAD,⁴⁶ in denen sich Verbraucher gegenseitig über sozial und ökologisch nachhaltig erzeugte Produkte und Dienstleistungen informieren.

Über nicht-mediale Plattformen aufklären

Über die Risiken materiell aufwändiger und die Chancen stärker immateriell geprägter Wirtschafts- und Lebensweisen sollte darüber hinaus auch auf nicht-medialen Plattformen wie Ausstellungen, Tagungen, Konzerten und ähnlichem aufgeklärt werden. Zwar haben diese eine geringere Reichweite. Oft sprechen sie aber für den Bewusstseinswandel wichtige Bevölkerungsgruppen an. Zum einen sind dies Multiplikatoren wie Journalisten, die hier gewonnene Eindrücke und Ideen über andere Kanäle weiterverbreiten. Zum anderen werden beispielsweise Kunstmuseen häufig von Menschen besucht, die überdurchschnittlich wohlhabend sind und deswegen besonders ressourcenintensiv leben. Diese Klientel könnte durch entsprechende Ausstellungskonzepte mit Fragen von Nachhaltig-

⁴⁴ Drei Viertel aller Internetnutzer sind in sozialen Netzwerken aktiv. Bei den unter 30-Jährigen sind es deutlich über 90 Prozent. Vgl. Bitkom (2011).

⁴⁵ Vgl. www.utopia.de

⁴⁶ Vgl. www.spread2050.ning.com

keit und Zukunftsfähigkeit konfrontiert werden. Ähnliches gilt für Völkerkunde-, Technik- und andere Museen.

4.3 Kenntnisse und Fertigkeiten für immaterielle Lebensweisen vermitteln

Stärker immateriell geprägte Lebensweisen erfordern Kenntnisse und Fertigkeiten, die in breiten Bevölkerungsschichten nur wenig entwickelt sind. Hierzu gehören:

- Kompetenzen haushälterischen Wirtschaftens wie die Pflege und längere Nutzung von Gebrauchsgütern, die Verwertung von Resten oder der sparsame Umgang mit Energie. Dadurch verringert sich nicht nur der Kaufkraftverlust stagnierender oder sinkender Einkommen. Zugleich werden auch die natürlichen Lebensgrundlagen geschont.
- Mehr Wissen über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Natur und Gesellschaft sowie die ökologischen und sozialen Folgen des Gebrauchs bestimmter Güter bzw. der Inanspruchnahme bestimmter Dienstleistungen.
- Größeres zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dadurch steigt zum einen die Lebenszufriedenheit, zum anderen können sinkende Leistungen des Staates und der kollektiven Sicherungssysteme teilweise ausgeglichen und eine kulturelle Erneuerung gefördert werden.
- Die Fähigkeit und Bereitschaft, Alltag und Freizeit durch eigene Aktivitäten zu gestalten.

An sich müssten diese Kenntnisse und Fertigkeiten von klein auf erworben werden. Da jedoch Eltern in der Regel ihre eigenen Prägungen an ihre Kinder weitergeben, vermitteln sie ihnen derzeit vorwiegend materielle Werte. Schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen kommt daher eine ganz eigene Bedeutung zu. Zwar können und sollen sie weder Elternhaus noch soziales Umfeld ersetzen, doch müssen sie gezielt dazu beitragen, dass Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die für stärker immateriell geprägte Wirtschafts- und Lebensweisen unerlässlich sind. Dies hat Rückwirkungen auch auf die Erwachsenen. Denn Kinder, die mit ihrem neu erworbenen Wissen nach

Hause kommen, dürften nicht zuletzt auch das Denken und Handeln ihrer Eltern verändern.⁴⁷ Zusätzlich bedarf es allerdings auch noch gezielter Bildungsangebote für Erwachsene.

Ganzheitliche Bildung anstreben

Förderlich für den Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten, die zu stärker immateriell geprägten Lebensstilen befähigen, ist eine ganzheitliche Bildung. Gegenwärtig ist das Bildungssystem schwerpunktmäßig darauf ausgerichtet, junge Menschen auf das Arbeits- und Wirtschaftsleben vorzubereiten. Deutsch und Fremdsprachen, Rechnen und Mathematik sowie Computer und neue Medien gehören nach Meinung der meisten Lehrer zu den wichtigsten Fächern. Sport, Kunst und Musik sowie Literatur, Ethik, Philosophie und Zukunftswissen spielen im Vergleich hierzu eine geringe Rolle.⁴⁸ Auch universitäre Lehre und Forschung orientieren sich stark an beruflich und wirtschaftlich unmittelbar Verwertbarem. Viele bildungspolitische Strukturreformen der vergangenen Jahre wie die Verkürzung des Gymnasiums oder die Verschulung von Bachelor-Studiengängen haben diese Trends noch verstärkt.

Nach wie vor steht im Bildungssystem die reine Wissensvermittlung im Vordergrund. Stärker immateriell geprägte Gemeinwesen brauchen aber keine "perfekten Kopisten vorgegebener Blaupausen",⁴⁹ sondern Menschen, die schöpferisch sind, in Zusammenhängen denken, Herausforderungen suchen, komplexe Probleme lösen und Verantwortung übernehmen. Ganzheitliche Bildung ist vor allem Persönlichkeitsbildung.

Wie diese Kompetenzen am besten vermittelt werden, hängt ab von der jeweiligen Bildungseinrichtung sowie dem sozialen Umfeld. Entscheidend ist, dass Gesellschaft und Eltern ein breiteres Verständnis von Bildung einfordern, sich wo immer möglich mit eigenen Beiträgen einbringen und

⁴⁷ Beispielhaft zeigt sich dies daran, dass in vielen Migrantenfamilien Kinder ihren Eltern Hilfestellungen geben und Kompetenzen vermitteln, damit sie sich in der deutschen Gesellschaft zurechtfinden.

⁴⁸ Vgl. Microsoft/Focus (2007), S. 5.

⁴⁹ Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1998), S. 119.

staatliche und nicht-staatliche Bildungseinrichtungen sowie Erziehende und Lehrende Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume erhalten.

Neue Bildungsinhalte in den Unterricht einbinden

Die ganzheitliche Bildung könnte unterstützt werden durch neue Schulfächer zum Themenbereich Zufriedenheit und Glück. Wo dies bereits geschehen ist,⁵⁰ lernen junge Menschen mit messbarem Erfolg, Gemeinsinn und Selbstwertgefühl zu entwickeln, kreativ Aufgaben zu bewältigen, im Team zusammenzuarbeiten oder sich für andere einzusetzen.⁵¹ Nachhaltigkeit, Gesundheit oder Kochen sind weitere Fächer, deren Einführung häufig gefordert wird bzw. die bereits von Schulen angeboten werden.

Allerdings kann die Zahl der Fächer nicht beliebig erhöht werden. Deshalb sollten bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten auch in klassischen Schulfächern vermittelt werden. So sind naturwissenschaftliche Fächer prädestiniert, um über die Risiken materiell aufwändiger Lebensweisen aufzuklären. Im Chemieunterricht lassen sich die ökologischen Folgewirkungen von Kunststoffen experimentell veranschaulichen oder im Physikunterricht die Endlagerproblematik von Atommüll erörtern.

Musische Fächer und (inter-)aktives Lernen fördern

Musische Schulfächer wie Musik, Kunst, Literatur oder Sport eröffnen wiederum Chancen, um sich Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, die zu immateriell geprägten Lebensstilen befähigen. Diese Fächer wurden in der Vergangenheit vernachlässigt. Dabei zeigen Studien, dass Kinder und Jugendliche, die ein Instrument spielen oder regelmäßig Sport treiben, ihre Freizeit häufiger aktiv gestalten sowie sich sozial engagieren und besser konzentrieren können.⁵²

⁵⁰ Beispielhaft ist die Willy-Helpach-Schule in Heidelberg, in der das Schulfach Glück Teil des Stundenplans ist.

⁵¹ Vgl. Fritz-Schubert (2008).

⁵² Vgl. hierzu HWZ (2010), Hofer Symphoniker (2009) sowie Focus Schule (2008).

Darüber hinaus erschließen diese Fächer Kindern und Jugendlichen Erlebniswelten jenseits der Konsumgesellschaft. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass ihnen nicht nur Wissen etwa über historische Kunstepochen vermittelt wird, sondern dass sie selbst aktiv werden können. Denn Interessen und Neugierde werden nicht durch Auswendiglernen vorgegebener Antworten, sondern durch eigenes Probieren und Machen geweckt und gefördert. Haben Kinder und Jugendliche frühzeitig die Möglichkeit, zu malen, zu singen, zu dichten, Theater zu spielen, zu photographieren oder Sport zu treiben, bereichert sie dies mitunter ein Leben lang. So können im Ruhrgebiet im Rahmen des Projektes "Jedem Kind ein Instrument" alle Grundschul Kinder zunächst spielerisch herausfinden, welches Instrument ihnen gefällt. Anschließend werden sie darin unterrichtet.⁵³

Arbeitsgruppen und Projektwochen anbieten und außerschulische Kapazitäten nutzen

Aktives und interaktives Lernen eignet sich für fast alle Fächer und Bildungsinhalte. Unter Anleitung können Kinder und Jugendliche auch chemische Experimente selber planen und durchführen, technische Geräte reparieren, Lösungen für ökologische Probleme entwickeln sowie kochen, gärtnern oder in Altenheimen aushelfen. Da dies nicht ausschließlich im regulären Schulunterricht möglich ist, müssen hierfür stärker auch nachmittägliche Arbeitsgruppen, Workshops sowie Projektwochen genutzt werden.⁵⁴ Hier bietet sich ein breites Betätigungsfeld für ältere engagierte Menschen mit großem Wissens- und Erfahrungsschatz und disponiblen Zeitbudgets. Der gegenwärtige flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen eröffnet hierfür vielfältige Räume.

Dabei ist der Lerneffekt umso größer, je stärker Unterrichts- und Projektinhalte miteinander verknüpft werden. Beispielhaft zeigt dies die Initiative "Lernen durch Engagement": Hier legen Biologieschüler, die sich im Un-

⁵³ Vgl. <http://www.jedemkind.de/>.

⁵⁴ Vgl. de Haan (2010), S. 30f.

terricht mit dem mitteleuropäischen Ökosystem beschäftigen, in der Region Naturlehrpfade an, Deutschschüler lernen ausdrucksstark vorzulesen und kleinen Kindern Märchen zu erzählen und Sportschüler bringen Grundschulern bei, Fußball zu spielen. So werden bei den beteiligten Jugendlichen zusätzlich noch Gemeinwohlorientierung und soziale Kompetenzen gestärkt.⁵⁵

Generell sollten Schulen für ihre nachmittäglichen Angebote und Projektwochen die Kapazitäten außerschulischer Akteure und Einrichtungen nutzen.⁵⁶ In den lokalen Musikschulen, Theatergruppen, Universitäten, Sportvereinen oder der freiwilligen Feuerwehr sowie unter den Pfadfindern oder den Eltern finden sich viele engagierte und kompetente Menschen, die nicht selten selbst ein Interesse daran haben, dass sich Kinder und Jugendliche für ihre Tätigkeiten und Themen begeistern. Denn früher oder später bleiben Theater- und Konzertsäle leer, gehen kulturwissenschaftlichen Lehrstühlen die Studenten aus oder verlieren Kulturvereine ihre Mitglieder, wenn sich niemand für ihre Angebote interessiert.

Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen können darüber hinaus die Begeisterung junger Menschen für wissenschaftliche, künstlerische oder soziale Projektarbeiten fördern, indem sie Preise ausloben und Wettbewerbe veranstalten.⁵⁷ Insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene geschieht hier noch recht wenig.

Weiterbildungsangebote für Lehrende schaffen

Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen und Akteuren sind auch deshalb wichtig, weil nicht alle Lehrer die fachlichen Kompetenzen haben, um vielfältige, praxisnahe Tätigkeiten interaktiv zu vermitteln. Ihnen muss sowohl im Rahmen der Erstausbildung als auch in Weiterbil-

⁵⁵ Vgl. <http://www.service-learning.de/>.

⁵⁶ Vgl. Thio/Göll (2011), S. 81 ff.

⁵⁷ Beispiele sind der Deutsche Klimapreis der Allianz Umweltstiftung sowie der Schülerwettbewerb "Bio find ich Kuh-l!" des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Vgl. Denkwerk Zukunft "Inspiration - Leuchttürme".

dungsprogrammen entsprechendes Können vermittelt werden. Dies kann praktische Handreichungen für den Unterricht, aber auch theaterpädagogische Zusatzqualifikationen beinhalten. So werden im staatlichen Seminar für Lehrerbildung in Meckenbeuren angehende Lehrer darin geschult, Bildungsinhalte für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in ihre Unterrichtsplanung und -gestaltung zu integrieren.⁵⁸ Material und Kurse für Lehrende können darüber hinaus von Stiftungen, Universitäten, Vereinen, Musikschulen, Schauspiel- und Opernhäusern sowie vielen anderen gesellschaftlichen Akteuren konzipiert und angeboten werden.

Um voneinander zu lernen, sollten sich Schulen bzw. ihre Kollegien zudem stärker miteinander vernetzen. Auch Schüler lassen sich so leichter in Arbeitsgemeinschaften oder Projektwochen anderer Schulen einbinden. Schulleitung und Schulämter sind gefordert, entsprechendes Engagement der Lehrerschaft zu ermöglichen bzw. einzufordern.

Bildungsangebote für Erwachsene und Multiplikatoren ausbauen

Auch muss Erwachsenen der Zugang zu Bildungsangeboten erleichtert werden. Zwar ist dieses Angebot zumal in Städten sowohl quantitativ als auch qualitativ im Allgemeinen gut. Doch der Kreis derer, die es nutzen, ist erweiterungsbedürftig. Vielen fehlt der mentale Zugang oder die Motivation. Mitunter verfügen sie auch nicht über die finanziellen Mittel.

Um auch diesen Personengruppen Kompetenzen und Fertigkeiten für materiell weniger aufwändige Wirtschaftsweisen und Lebensstile zu vermitteln, können diese in andere Beratungs- und Weiterbildungsangebote eingebettet werden. So arbeiten im Projekt Food Literacy Ernährungsexperten unter anderem mit Berufsschullehrern, Arbeitsvermittlern, Sozialarbeitern, Schuldnerberatern und Schwangerschaftsberaterinnen zusammen, um Menschen aus vorwiegend einkommensschwachen Haus-

⁵⁸ Das Projekt ist Teil der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (<http://www.dekade.org/datenbank/index.php?d=g&gid=1461&hLite>). Mit der UN-Dekade (2005-2014) haben sich die Staaten der Vereinten Nationen verpflichtet, Bildungskonzepte, die Kindern und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln vermitteln, zu stärken.

halten Handreichungen für eine wirtschaftliche Haushaltsführung und ausgewogene Ernährung zu geben.⁵⁹ Auch können Kochkurse in Restaurants oder Volkshochschulen speziell auf einkommensschwache Gruppen zugeschnitten sein.⁶⁰ Darüber hinaus können die Medien diesen Gruppen etwa im Rahmen von Infotainment-Formaten Tipps und Hilfestellungen geben.⁶¹

Das aber setzt voraus, dass die Medienmacher selbst über das Wissen und Können verfügen, das für eine stärker immateriell geprägte Lebensführung erforderlich ist. Selbstverständlich ist das nicht. Auch sie benötigen daher zusammen mit anderen Multiplikatoren gelegentlich Erst- und Weiterbildungsangebote. Spezielle Web-Portale,⁶² Expertendatenbanken oder Presseagenturen könnten darüber hinaus für eine verlässliche Datengrundlage sorgen.⁶³ Prämierungen von Filmen, Artikeln oder Werbekampagnen zu Themen wie "Nachhaltigkeit" oder "immateriellem Wohlstand" sind Möglichkeiten, die die Bereitschaft von Medienmachern erhöhen, häufiger anspruchsvolle Beiträge hierzu zu leisten.

Bewertungskriterien für Bildungsevaluationen ergänzen

Um das Verständnis von Bildung zu erweitern, sollten zudem weitere Bildungsbereiche in fachliche Bewertungen einbezogen werden. Gegenwärtig werden bei Evaluationen vorrangig beruflich und wirtschaftlich verwertbare Kenntnisse und Abschlüsse berücksichtigt. Soziale Kompetenzen werden hingegen nur selten, musische und kreative Fähigkeiten so gut wie nie bewertet.

⁵⁹ Dieses und zahlreiche weitere Projekte werden im Memorandum „Für eine erneuerte Esskultur“ des Denkwerks Zukunft (2010b), S. 44 ff. vorgestellt.

⁶⁰ Vgl. a.a.O.

⁶¹ Vgl. Ziffer 4.2.

⁶² Ein Beispiel hierfür ist die Internetseite <http://www.dieweltbewegen.de>.

⁶³ Vgl. CSCP (2010), S. 48.

5. Durch Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen Verhaltenswandel beschleunigen

Angesichts der kurzen Zeitachse⁶⁴ muss der Wandel von materiell zu stärker immateriell geprägten Sicht- und Verhaltensweisen durch den Staat beschleunigt werden. Dieser muss Rahmenbedingungen schaffen, die sowohl den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Suchprozess in Richtung einer kulturellen Erneuerung fördern⁶⁵ als auch die Bürger zu ressourcenschonenderem und damit nachhaltigerem Handeln anhalten und befähigen.⁶⁶ Ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltiges Handeln muss künftig zur Richtschnur der Politik, jede staatliche Maßnahme auf ihren Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie zur Umwelt- und Klimaverträglichkeit überprüft werden.

Konkret muss der Staat Hemmnisse, die immateriellen Lebensweisen im Weg stehen, abbauen, die Förderung ressourcenaufwändiger Wirtschafts- und Lebensweisen beenden und stattdessen Maßnahmen ausbauen, die den Ressourcenverbrauch senken. Zugleich muss er die politischen Strukturen so gestalten, dass sie der Bevölkerung auch bei sinkendem materiellen Wohlstand ein ausreichendes Maß an Sicherheit bieten. Dabei hat er allerdings dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ihm zur Bewältigung dieser Aufgabe geringere finanzielle Mittel zur Verfügung stehen werden als heute. Denn nicht nur dürften aufgrund abnehmender wirtschaftlicher Leistungskraft seine Einnahmen sinken, es dürften auch bedingt durch den demographischen Wandel und zunehmende internationale Verpflichtungen seine Ausgaben steigen.

Voraussetzung I: Ganzheitliche Lösungen seitens der Wissenschaft

Um diese doppelte Herausforderung meistern zu können, braucht der Staat die Unterstützung durch die Wissenschaft. Sie muss die jeweilige

⁶⁴ Vgl. Ziff. 3, S. 16.

⁶⁵ Vgl. Ziff. 4.1.

⁶⁶ Vgl. Ziff. 4.3.

Ausgangslage analysieren, nachhaltige Entwicklungsoptionen und ihre Folgen aufzeigen sowie ganzheitliche, praktikable Lösungen liefern. Zwar ist hierzu in den zurückliegenden Jahren vieles erarbeitet worden.⁶⁷ Dies gilt insbesondere für technische Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz oder Strategien zur Umstellung auf erneuerbare Energien.⁶⁸ Doch fehlt häufig die Einbettung in eine "gesellschaftliche Transformationsstrategie",⁶⁹ die flankierende Maßnahmen zur Zurückdrängung ressourcenaufwändiger Lebensweisen beinhaltet. Viele auf den ersten Blick technisch überzeugende Konzepte erfordern Verhaltensänderungen der Bevölkerung, ohne darzulegen, wie diese bewirkt werden können. Um diese Lücke zu schließen, sollte der Staat bei der öffentlichen Forschungsvergabe häufiger die Zusammenarbeit von Natur-, Ingenieurs- und Gesellschaftswissenschaften zur Auflage machen.

Von der Wissenschaft noch nicht ausreichend geklärt ist ferner, wie unter Bedingungen wirtschaftlichen Stillstands oder gar Rückschritts Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ausgeglichene öffentliche Haushalte, Generationengerechtigkeit, Umweltschutz und anderes mehr gewährleistet werden können. Zwar gibt es hierzu beachtliche Vorarbeiten,⁷⁰ doch sind diese im Allgemeinen noch nicht hinreichend ausgereift, um allgemein akzeptiert und problemlos in die Praxis umgesetzt zu werden.

Die Wissenschaft blieb bisher auch weitgehend Antworten schuldig, welche Auswirkungen die absehbare Verteuerung natürlicher Ressourcen auf die Faktorkosten, insbesondere die Kosten des Faktors Arbeit sowie

⁶⁷ Beispiele hierfür sind das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) "Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" oder die Studie des Wuppertal-Instituts "Zukunftsfähiges Deutschland". Aus dem angelsächsischen Raum sind Tim Jacksons "Prosperity without Growth" und Peter Victors "Managing without Growth" zu nennen. Vgl. WBGU (2011), Wuppertal-Institut (2008), Jackson (2009), Victor (2008).

⁶⁸ Ein Beispiel hierfür ist das Buch "Faktor Fünf" von Ernst Ulrich von Weizsäcker. Vgl. Weizsäcker u.a. (2010).

⁶⁹ Hennicke/Samadi/Schleicher (2010), S. 8.

⁷⁰ Z.B. von Herman E. Daly, Peter Victor, Niko Paech, Reinhard Loske, Lorenz Erdmann, Siegfried Behrendt sowie Angelika Zahrnt. Vgl. Daly (2005), Victor (2008), Paech (2005), Loske (2011), Behrendt (2011) und Seidl/Zahrnt (2011).

die Entwicklung und Verteilung der Einkommen haben wird. Auch die Rolle des Zinses als mögliche Ursache des herrschenden Wachstumszwangs ist nicht abschließend geklärt.⁷¹ Schließlich ist klärungsbedürftig, durch welche Maßnahmen ein kultureller Wandel bewirkt werden kann. Diese Forschungslücken müssen geschlossen werden, wenn Politik und Staat die kulturelle Erneuerung beschleunigen sollen.

Voraussetzung II: Unterstützung durch die Bevölkerung

Für den notwendigen Wandel benötigt der Staat aber nicht nur überzeugende Konzepte von Seiten der Wissenschaft. Er benötigt auch die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten. Das gilt insbesondere in einer Demokratie.

Hier ist festzustellen, dass die Bevölkerung in Ländern wie Deutschland gegenüber ressourcen- und umweltschonenden Wirtschafts- und Lebensweisen heute deutlich aufgeschlossener ist als in der Vergangenheit. Die Mehrheit wünscht sogar, dass der Staat z.B. in der Umweltpolitik durch strengere Gesetze und die Streichung von Subventionen eine aktivere Rolle spielt als bisher.⁷² Mehr als drei Viertel der Befragten glauben, dass sich sonst "die Umweltsituation dramatisch verschlechtern wird".⁷³ Auch die jüngsten Wahlerfolge der Grünen sprechen dafür, dass wachsende Teile der Bevölkerung den Schutz der Umwelt in der Politik stärker berücksichtigt sehen wollen.

Ob diese Einstellungen auch dann Bestand haben, wenn die Folgen dieser Politik z.B. in Form höherer Kosten für Energie und sonstige Ressourcen spürbar werden, ist jedoch offen. Wie die Reaktionen auf die Reformmaßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme zwischen 2003 und 2005 gezeigt haben, sehen die Bürger die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen zwar oft ein, sind dann

⁷¹ Vgl. hierzu beispielsweise Binswanger (2009).

⁷² Vgl. UBA (2010a), S. 23.

⁷³ A.a.O.

aber nur bedingt bereit, auch die finanziellen Lasten zu tragen, die mit ihnen einhergehen. Das stellt die Politik vor fast unlösbare Aufgaben.⁷⁴

Umso wichtiger ist es, wie die Politik ihre Maßnahmen konzipiert und kommuniziert.⁷⁵ Bei der Konzeption der Maßnahmen ist darauf zu achten, dass diese in überschaubaren kleinen Schritten erfolgen, wobei Endziel und Gesamtkonzept zu jedem Zeitpunkt erkennbar bleiben müssen.⁷⁶ Zugleich müssen sie trotz geringerer öffentlicher Mittel dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit und Gerechtigkeit Rechnung tragen⁷⁷ und das Gemeinwohl stärken. Ferner sollten sie - wo möglich - auf der kommunalen Ebene angesiedelt sein, da sie dort in der Regel effizienter und gerechter gestaltet werden können sowie die Partizipations- und Einflussmöglichkeiten größer sind. Das erhöht ihre Akzeptanz. Dies gilt insbesondere für Umverteilungsmaßnahmen.

Bei der Kommunikation sollten Politik und Staat nicht die Nachteile der gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweisen, sondern die Chancen immaterieller Sicht- und Verhaltensweisen und damit der kulturellen Erneuerung in den Mittelpunkt stellen. Umwelt- und Klimaschutz sowie ressourcenschonendere Wirtschafts- und Lebensweisen sollten als Investition in die Sicherheit des Einzelnen und Vorsorge in die Zukunft kommuniziert werden, die mindestens ebenso wichtig sind wie Beitragszahlungen in die gesetzlichen Sozialversicherungen.

In beides - Konzeption und Kommunikation - müssen die Bürger einbezogen werden, damit sie ihre Vorstellungen, Erwartungen und Erfahrungen einbringen können. Dies kann dazu beitragen, dass sich die Bevölkerung stärker mit Politik und deren Entscheidungen identifiziert. Zudem könnte ein solches Vorgehen auch weniger fehler- und krisenanfällig sein.

⁷⁴ Vgl. Neugebauer (2007), S. 106.

⁷⁵ Vgl. auch Ziff. 4.2.

⁷⁶ Als Vorbild kann die Einführung der Rente mit 67 dienen, wobei allerdings die Erhöhung der Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr nicht ausreichen dürfte. Vgl. Sachverständigenrat (2011).

⁷⁷ Vgl. Neugebauer (2007), S. 119 sowie Ziff. 5.5.

Aus der Fülle von Möglichkeiten, durch Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen den Verhaltenswandel zu beschleunigen, hält das Denkwerk Zukunft für vorrangig:

5.1 Bürgerschaftliches Engagement stärken

Da der Wandel zu stärker immateriell geprägten Sicht- und Verhaltensweisen eine Leistung ist, die nicht vorrangig vom Staat, sondern von jedem Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzen erbracht wird, müssen diesen die erforderlichen Frei- und Gestaltungsräume überlassen werden. Dies bedarf ausdrücklicher Erwähnung, weil der Staat seit langem, insbesondere aber seit der Mitte des 20. Jahrhunderts immer mehr Funktionen übernommen hat, die eigentlich von der Gesellschaft hätten erbracht werden können und sollen. Die Gesellschaft wurde in Ländern wie Deutschland schleichend verstaatlicht und bürgerschaftliches Engagement auf Rand- und Nebenfunktionen beschränkt.

Diese Funktionsteilung muss von allen Beteiligten - staatlichen Einrichtungen ebenso wie Bürgern und gesellschaftlichen Institutionen aktiv überwunden werden. Dabei ist es nicht damit getan, dass der Staat nur solche Aufgaben an die Bürger abtritt, die er aufgrund knapper werdender Mittel nicht mehr selbst erfüllen kann. Vielmehr muss er anerkennen, dass bürgerschaftliches Handeln in der anstehenden Transformation seinem eigenen Handeln überlegen sein kann und oft auch ist. Bei der Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschafts- und Lebensweisen ist die breite und vielgestaltige Mitwirkung der Bürger unverzichtbar.

Der Staat sollte sie zu dieser Mitwirkung ausdrücklich ermutigen. Dazu muss er die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben durch die Bürger erleichtern,⁷⁸ gesetzliche Regulierungen bürgerschaftlichen Engagements auf das unbedingt Nötige beschränken und die öffentliche Verwaltung bürgernah und transparent gestalten. Vor allem aber muss er dem mehr

⁷⁸ Vgl. auch Ziff. 4.1.

und mehr in Vergessenheit geratenen Subsidiaritätsprinzip⁷⁹ wieder Geltung verschaffen. Anderenfalls bleibt die von ihm postulierte "Engagementpolitik als politische Querschnittsaufgabe"⁸⁰ eine leblose Worthülse.

Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden

Angesichts abnehmender öffentlicher und privater Mittel muss die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürgern neu geregelt werden. Nur so lassen sich Überforderungen der einen oder anderen Seite sowie soziale Spannungen vermeiden.

Viele Bürger sind durchaus Willens, an dieser Neuregelung konstruktiv mitzuwirken. Das gilt sowohl für die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben auf lokaler Ebene als auch für die Übernahme von Aufgaben in Bereichen wie Bildung und Erziehung, Arbeitsvermittlung, gesellschaftliche Integration oder Stadtplanung. Selbst bei der Daseinsvorsorge wächst die Zahl derer, die zu größerer Eigenverantwortung bereit sind. Doch wie nicht zuletzt die Debatten um Stuttgart 21 und einige ähnlich gelagerte Fälle zeigen, gibt es bisher nur geringe Erfahrungen, wie bürgerschaftliches Engagement für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben nutzbar gemacht werden kann.⁸¹ Recht oft kommt es zu unproduktiven Kompetenzstreitigkeiten oder sogar Konfrontationen. Auch die nationale Engagementstrategie aus dem Jahre 2010 gibt nur wenige Antworten, wie Bürger in politische Entscheidungsprozesse und -aufgabenlösungen einbezogen und ihre Kompetenzen genutzt werden können.

Künftig muss der Staat sehr viel kritischer prüfen, welche gesellschaftlichen Aufgaben er an sich ziehen darf bzw. welche er jetzt an die Bürger zurück übertragen muss. Dabei wird sich zeigen, dass er sachlich gebotene Begrenzungen seines Handelns nicht selten missachtet hat. Aller-

⁷⁹ Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf der Staat auf der obersten Ebene nur die Aufgaben erfüllen, die die untere Ebene nicht erledigen kann.

⁸⁰ Deutscher Bundestag (2002), S. 70.

⁸¹ Gute Beispiele und Erfahrungen bieten die zahlreichen Agenda 21-Prozesse in Kommunen und Regionen.

dings sind derartige Grenzziehungen nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen. Deshalb ist es ratsam, Räume zu schaffen, in denen Staat und Bürger zunächst kooperieren, bis schließlich die Bürger die volle Verantwortung übernehmen. Erfahrungen, die dabei gesammelt werden, lassen sich dann für andere Bereiche nutzen. Ferner sollte sich der Staat darum bemühen, getrennt operierende, zivilgesellschaftliche Akteure zu gemeinsamem Handeln zu bringen. Statt selbst aktiv zu werden, sollte er häufiger die Rolle eines Moderators oder Maklers übernehmen.

In dieser Rolle wird er allerdings nur erfolgreich sein, wenn er staatliche und freie Träger im Bereich gesellschaftlicher Aktivitäten nicht bevorzugt. Heute geschieht das immer wieder. Beispielsweise wird der Betrieb privater Kindertagesstätten durch unnötige Bauauflagen erschwert.⁸² Auch bestehen erhebliche Unterschiede bei der Bezuschussung von Kindertagesstätten, die einerseits von staatlichen oder freien Trägern betrieben werden und andererseits von privaten. Dadurch bleibt nicht selten wertvolles Potential ungenutzt, obwohl Kindertagesstätten dringend benötigt werden.⁸³ Ferner muss der Staat bürokratische Hemmnisse im Zuwendungsrecht und in der Zuwendungspraxis abbauen⁸⁴ und einen angemessenen Haftungs- und Unfallversicherungsschutz gewähren.⁸⁵ Besonders wichtig ist jedoch, dass der Gesetzgeber die Wirkungen vorhandener und künftiger zu beschließender Gesetze auf bürgerschaftliches Engagement prüft und gegebenenfalls unnötige Beeinträchtigungen beseitigt.⁸⁶

⁸² Vgl. z.B. Jacobs (2011).

⁸³ Bis 2013 fehlen derzeit rund 400.000 Plätze. Vgl. Welt Online, 03.09.2010.

⁸⁴ Beispielsweise plädiert der Deutsche Verein für Öffentliche und Private Fürsorge dafür, das Jährlichkeitsprinzip, nachdem alle Ausgaben bis zum Ende eines Jahres bzw. bis Ende Februar des Folgejahres zu tätigen sind, flexibler zu handhaben und vermehrt Festbetragsfinanzierungen zu nutzen. Vgl. Deutscher Bundestag (2010), S. 6 f.

⁸⁵ Beispielsweise besteht nicht in allen Bundesländern ein umfassender Versicherungsschutz für Ehrenamtliche. Auch ist in manchen Fällen die Versicherungssumme zu gering. Vgl. BBE (2011).

⁸⁶ Vgl. auch Sondervotum von Mitgliedern der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" aus der Fraktion der CDU/CSU, Deutscher Bundestag (2002), S. 329 ff.

5.2 Transparenz erhöhen - Signale setzen

Um dem Einzelnen die Entwicklung eines mehr immateriellen Lebensstils zu erleichtern, müssen Staat und Gesellschaft die Wirtschaft zu größtmöglicher Transparenz hinsichtlich der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ihrer Produkte und Dienste veranlassen. Darüber hinaus müssen sie selbst vorbildlich handeln und sich deutlicher als bisher an immateriellen Kriterien und Zielen orientieren.

Ressourcenverbrauch von Produkten und Diensten kennzeichnen

Damit der Einzelne das Ausmaß seines materiell aufwändigen Konsum- und Lebensstils erkennen und bewusste Kaufentscheidungen zugunsten ökologisch und sozial nachhaltiger Produkte und Dienste treffen kann, muss er umfassend und zutreffend über Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung informiert werden, die während des Lebenszyklus des von ihm erworbenen Produkts oder Dienstes entstehen. Zwar gibt es bereits eine Fülle von Umwelt-, Energieeffizienz- und Verpackungskennzeichen sowie CO₂-Labels, die Orientierungshilfen geben,⁸⁷ doch sind sie oft nicht aussagekräftig genug, um das Konsumverhalten innerhalb der gebotenen Zeit zu ändern. Außerdem beruhen sie auf unterschiedlichen Bewertungsgrundlagen.⁸⁸ Vor allem aber werden sie nicht flächendeckend verwendet. Teilweise führen Kennzeichnungen - wie die geplante CO₂-Farbskala für PKW - Verbraucher sogar regelrecht in die Irre.⁸⁹

Deshalb sollte der Staat bei den Unternehmen für eine bessere Kennzeichnung ihrer Produkte werben und einheitliche Anforderungen an die Kennzeichnung vorgeben.⁹⁰ Zur Auswahl stehen beispielsweise der Öko-

⁸⁷ Die bekanntesten sind das Umweltzeichen der blaue Engel, das Biosiegel für Lebensmittel aus ökologischem Anbau sowie das Fair-Trade-Zeichen für Produkte aus fairem Handel.

⁸⁸ Vgl. BMLFUW (2009).

⁸⁹ Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, den CO₂-Ausstoß von Autos ins Verhältnis zu ihrem Eigengewicht zu setzen. Hierdurch schneiden schwergewichtige Limousinen mitunter besser ab als energieeffiziente Kleinwagen. Vgl. FTD (2011).

⁹⁰ Vgl. auch RNE (2010), S. 8.

logische Fußabdruck⁹¹, das Integrated Technology Roadmapping oder der Sustainable-Value-Ansatz.⁹² Möglicherweise muss auch erst noch ein geeignetes Kennzeichnungssystem entwickelt werden. Dabei ist wichtig, dass sich Deutschland zumindest mit den Ländern der EU abstimmt, damit EU-weite Standards gesetzt werden. Zwar ist die Berechnung der Umweltkennzahlen für Unternehmen, Verbände und statistische Ämter mit erheblichem Aufwand verbunden, doch führt die Kennzeichnung wie erste Erfahrungen zeigen, bei ihnen zu veränderten Bewertungen und damit Sicht- und Verhaltensweisen.⁹³ Langfristig könnte ein solches Kennzeichnungssystem EU-weit sogar für verbindlich erklärt werden.

Gesellschaftlichen Wohlstand und politisches Handeln stärker an immateriellen Kriterien orientieren

Gesellschaftliches Bewusstsein wird ganz wesentlich auch von den Zielen geprägt, die der Staat verfolgt, und der Art und Weise, wie er seine Zielerreichung ermittelt. In Deutschland wie in vielen anderen Ländern hat nach wie vor das Wachstum der Wirtschaft den höchsten Rang.⁹⁴ Noch

⁹¹ Der ökologische Fußabdruck ist ein Nachhaltigkeitsmaß, das angibt, wie viele biologisch produktive Land- und Wasserflächen eine Bevölkerung pro Jahr benötigt, um die von ihr konsumierten Güter und Dienste zu produzieren bzw. die dabei anfallenden Reststoffe (Abfälle, Treibhausgasemissionen u.ä.) zu absorbieren. Vgl. Global Footprint Network (2010).

⁹² Der Sustainable-Value-Einsatz ist "der erste wertorientierte Ansatz für die Nachhaltigkeitsbewertung von Unternehmen". Hahn u.a. (2009), S. 6. Neben ökonomischem Kapital wird dabei auch der Einsatz von ökologischem und sozialem Kapital berücksichtigt. Mit Hilfe des so genannten Integrated Technology Roadmapping können technologische Lösungen für wirtschaftliche, ökologische, soziale und politische Herausforderungen entwickelt werden. Vgl. Behrendt, u.a. (2007).

⁹³ Der Sportartikelhersteller Puma hat als eines der ersten Unternehmen eine ökologische Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt. Mit dieser kann das Unternehmen Umweltauswirkungen entlang der Wertschöpfungskette identifizieren. Damit will sich das Unternehmen sowohl auf mögliche gesetzliche Vorschriften vorbereiten als auch das Bewusstsein für neue Geschäftsmodelle, die den Ressourcenverbrauch minimieren, stärken. Vgl. Puma (2011) sowie FAZ (2011). Weitere Unternehmen sind Fa-ber Castell, Otto Versand, GLS Bank, BASF u.a.

⁹⁴ Hierauf wies Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar 2011 bei der Stiftung Ordnungspolitik in Freiburg hin: "Einer der fatalsten Irrtümer in diesem Zusammenhang war im übrigen, dass man das Wachstum über alles gesetzt hat. Wachstum war sozusagen das Oberziel. Alle anderen Ziele, z.B. ausgeglichene Haushalte, hatten sich dem unterzuordnen." Bundesregierung (2011a).

immer gilt das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967,⁹⁵ das die Politik auf ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigtenstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, vor allem aber "ein angemessenes⁹⁶ und stetiges Wirtschaftswachstum" verpflichtet. In Erfüllung dieser Verpflichtung wurde im Laufe der Jahrzehnte eine Fülle gesetzgeberischer Maßnahmen ergriffen, so auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von 2009,⁹⁷ mit dem der Einbruch des Wirtschaftswachstums infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 durch Steuerentlastungen bekämpft werden sollte.⁹⁸

Ob die gesteckten Wachstumsziele erreicht werden, wird durch die Messung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ermittelt, also die Summe des Wertes aller Güter und Dienste, die eine Volkswirtschaft im Laufe eines bestimmten Zeitraums über den Markt bereitstellt. Dass dieses Messverfahren erhebliche Mängel aufweist, ist mittlerweile unbestritten. Denn es wertet einerseits Wohlstandsverluste wie Unfälle, Krankheiten, aber auch die Folgen von Umweltschäden oder den Verbrauch von Ressourcen als Wohlstandsgewinne und negiert andererseits Wohlstandsgewinne, die nicht über den Markt bereit gestellt werden, wie die Früchte hauswirtschaftlicher oder ehrenamtlicher Tätigkeiten. Doch trotz dieser schwerwiegenden Mängel wird das BIP - entgegen seiner Bestimmung - nicht nur als Wachstums-, sondern de facto auch als Wohlstandsindikator benutzt. Dadurch entsteht der Eindruck, dass durch das Wachstum der Wirtschaft auch der Wohlstand eines Landes und seiner Bürger zunehme und darüber hinaus auch deren Lebensqualität steige. Durch diese faktische Gleichsetzung von wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und Le-

⁹⁵ Vgl. BMJ (1967), Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) vom 8. Juni 1967.

⁹⁶ Zum damaligen Zeitpunkt galt ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real drei bis vier Prozent als angemessen.

⁹⁷ Vgl. BMF (2009a), Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) vom 22. Dezember 2009.

⁹⁸ U.a. wurden der Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen abgesenkt, Abschreibungsregeln für Unternehmen verbessert, die Erbschaftsteuer für bestimmte Personengruppen und Unternehmen gesenkt sowie Kinderfreibeträge angehoben. Vgl. BMF (2009a und 2009b).

bensqualität ist das Wohlstandsverständnis in den früh industrialisierten Ländern während mehrerer Generationen auf materiellen Wohlstand verengt worden. Diese Verengung muss wieder beseitigt werden.

Zu diesem Zweck muss die Politik ihren bisherigen Zielkatalog substantiell erweitern. Insbesondere muss sie neben wirtschaftlichen auch ökologische und gesellschaftliche Entwicklungen stärker in ihre Zielsetzungen einbeziehen und über deren Erreichung regelmäßig berichten. Vor allem aber muss sie die Wohlstandsmessung durch ökologische und gesellschaftliche Messgrößen ergänzen. Vorschläge hierzu gibt es viele.⁹⁹ Auch das Denkwerk Zukunft hat mit seinem Wohlstandsquartett einen Vorschlag unterbreitet.¹⁰⁰ Es ist zu hoffen, dass die im Dezember 2010 einberufene Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bis 2013 einen konkreten Vorschlag zur Messung von Wohlstand vorlegt. Ihre Einsetzung zeigt, dass Teile der Politik in diesem Bereich Handlungsbedarf sehen.

5.3 Staatliche Förderung umweltschädlicher und materiell aufwändiger Wirtschafts- und Lebensweisen abbauen

Der Staat fördert wirtschaftliche Aktivitäten auf vielfältige Weise, nicht zuletzt durch die Bereitstellung hoher Steuermilliarden. Dabei ist er jedoch wenig wählerisch. Während er durch zahlreiche Lenkungsmaßnahmen Produzenten und Konsumenten zu sparsamer Nutzung von Ressourcen und schonendem Umgang mit der Umwelt anhält, subventioniert er gleichzeitig Vergeudung oder zumindest materiell aufwändiges Verhalten. Dadurch verzerrt er unter anderem den Wettbewerb zulasten umweltfreundlichen Wirtschaftens und beeinträchtigt die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschafts- und Lebensweisen.

⁹⁹ Zu nennen sind u.a. der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) von Diefenbacher und Zieschank (2010), das Indikatorensystem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2010) und der Fortschrittsindex vom Zentrum für Gesellschaftlichen Fortschritt (2010). Für eine Übersicht über verschiedene Indikatoren und Messverfahren vgl. Denkwerk Zukunft (2010c).

¹⁰⁰ Vgl. Denkwerk Zukunft (2010d).

Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes beliefen sich die umweltschädlichen Subventionen in Form direkter Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und so genannter impliziter Subventionen¹⁰¹ 2008 auf mehr als 48 Milliarden Euro.¹⁰² Der Betrag wäre noch wesentlich höher, wenn die Subventionen der Länder und Kommunen sowie der Europäischen Union einbezogen würden.¹⁰³ Der größte Subventionsempfänger ist mit 23 Milliarden Euro der Verkehr, wobei knapp die Hälfte der umweltschädlichen Subventionen auf den Flugverkehr entfällt. Umweltbelastende Energiebereitstellung und -nutzung werden mit 17,7 Milliarden Euro subventioniert. Der Sektor Bau- und Wohnungswesen erhielt 2008 7,2 Milliarden, die Landwirtschaft knapp 300 Millionen Euro.¹⁰⁴

Beispiel I: Entfernungspauschale

Beispielhaft für umweltschädliche Subventionen im Verkehrsbereich ist die Entfernungs- oder so genannte Pendlerpauschale. Danach können Arbeitnehmer Aufwendungen für Arbeitswege in Höhe von 30 Cent pro Entfernungskilometer zwischen Wohn- und Arbeitsstätte von der Einkommensteuer absetzen. 2008 nahm die öffentliche Hand dadurch knapp 4,4 Milliarden Euro weniger an Steuern ein.¹⁰⁵

Nicht zuletzt aufgrund dieser Regelung haben sich im Laufe der Zeit die Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten immer weiter vergrößert.¹⁰⁶ Viele Erwerbstätige haben keinen wirtschaftlichen Anreiz, mög-

¹⁰¹ Hierzu gehören verdeckte Vergünstigungen wie Bürgschaften oder Garantien, die nicht direkt budgetwirksam werden. Auch die wirtschaftlichen Vorteile durch die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten gehören dazu. Vgl. UBA (2010b), S. 2.

¹⁰² Vgl. a.a.O., S. 2. Berechnungen von Greenpeace kommen für 2007 auf knapp 35 Milliarden Euro. Vgl. Greenpeace (2008).

¹⁰³ Vgl. UBA (2010b), S. 2.

¹⁰⁴ Der größte Teil der Landwirtschaftssubventionen fließt allerdings über die EU und ist in der hier genannten Summe nicht berücksichtigt.

¹⁰⁵ Vgl. BMF (2010).

¹⁰⁶ Während 1996 reichlich 52 Prozent der Erwerbstätigen weniger als 10 km von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte zurücklegten, waren es im Jahr 2008 nur noch knapp 46 Prozent. Zugleich stieg der Anteil derer, deren Arbeitsstätte 25 km und mehr von der Wohnung entfernt war, von rund 13 auf reichlich 16 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt (2009).

lichst nahe an ihrer Arbeitsstätte zu wohnen. Dadurch erhöht sich nicht nur das Verkehrs- und damit Schadstoffaufkommen, sondern auch der Trend zum PKW, da das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in dünn besiedelten Gegenden generell gering ist. Ferner erhöht die Pendlerpauschale den Flächenverbrauch und trägt zur Zersiedlung bei, was wiederum die Biodiversität gefährdet. Würden diese negativen Umwelteffekte in die Wohnkosten eingepreist,¹⁰⁷ würde dem Argument, das Wohnen sei im Wohnumland oder auch auf dem Land im Vergleich zur Stadt billiger, die Grundlage entzogen.

Deshalb sollte die Höhe der Pendlerpauschale schrittweise reduziert und diese langfristig ganz abgeschafft werden. Für eine begrenzte Zeit könnte Arbeitnehmern, die aus beruflichen oder sozialen Gründen lange Arbeitswege zurücklegen müssen und folglich hohe Fahrtkosten haben, eine Härtefallregelung gewährt werden.¹⁰⁸

Beispiel II: Strom- und Energiesteuerermäßigungen für das Produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft

Um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, werden Unternehmen des Produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft nur mit 60 Prozent der Regelsteuersätze für Strom, Erd- und Flüssiggas belastet. Für Heizöl fallen lediglich 73 Prozent des Steuersatzes an. 2008 entstanden dadurch Steuerausfälle in Höhe von reichlich 2,4 Milliarden Euro.¹⁰⁹ Diese Steuerermäßigungen verminderten für die 120.000 begünstigten Unternehmen den Anreiz, ihren Energieverbrauch zu reduzieren.

Deshalb sollten auch die Energiesteuervergünstigungen schrittweise abgebaut werden.¹¹⁰ Das umso mehr als viele der begünstigten Unterneh-

¹⁰⁷ Vgl. auch Ziff. 5.4.

¹⁰⁸ Das Umweltbundesamt schlägt vor, die Pendlerkosten unter besonderen Umständen als außergewöhnliche Belastung bei der Einkommensteuer mildernd anzuerkennen. Vgl. UBA (2010b), S. 9.

¹⁰⁹ Vgl. a.a.O., S. 4.

¹¹⁰ Vgl. auch a.a.O., S. 7.

men weder hohe spezifische Energiekosten aufweisen noch im internationalen Wettbewerb stehen.¹¹¹

Die derzeitige Subventionsvergabe belastet die öffentlichen Haushalte auf zweifache Weise: zum einen durch Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen zum Zeitpunkt der Subventionszahlung, zum anderen in Form von Folgeschäden umweltschädlichen Verhaltens. Umweltschädliche Subventionen und die staatliche Förderung materiell aufwändiger Lebensweisen müssen deshalb zurückgeführt und schließlich ganz beendet werden. Ferner sollten neue Gesetze bzw. Änderungen bestehender Gesetze auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft und unvermeidliche Beeinträchtigungen ausführlich begründet werden.

5.4 Ressourcenverbrauch senken

Darüber hinaus muss der Staat die Rahmenbedingungen so setzen, dass Wirtschaft und Gesellschaft künftig weniger Ressourcen verbrauchen. Dabei muss er zum einen darauf dringen, dass Produkte und Verfahren entwickelt werden, die die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient nutzen, und zum anderen den Einsatz von Ressourcen verteuern. Vor allem aber muss er selbst mit gutem Beispiel vorangehen und bei seiner Beschaffungspolitik ressourcenschonenden Produkten und Verfahren den Vorzug geben sowie Produkte möglichst lange nutzen.

Bei der öffentlichen Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen

Bund, Länder und Gemeinden geben jährlich 260 Milliarden Euro für die Beschaffung von Gütern und Diensten aus.¹¹² Davon entfallen reichlich 50 Milliarden auf umweltorientierte Zukunftsmärkte.¹¹³ Die wichtigsten sind Transport und Verkehr, Gebäudeneubau und -renovierung, Energie- und Wasserwirtschaft sowie Informationstechnologie und Elektrogerä-

¹¹¹ Vgl. Thöne u.a. (2010), S. 224.

¹¹² Vgl. BMU (2008a), S. 1.

¹¹³ Vgl. McKinsey (2008), S. 12.

te.¹¹⁴ Um die erhebliche Marktmacht der öffentlichen Hand¹¹⁵ für umwelt- und klimafreundliche Produkte und Dienste zu nutzen sowie den Ressourcenverbrauch zu senken, sollten noch strengere Kriterien für eine umwelt- und ressourcenschonende Beschaffung vorgegeben und deren Einhaltung regelmäßig überprüft werden.¹¹⁶ Ferner sollten so genannte Leuchtturmprojekte wie der flächendeckende Einsatz von Hybridbussen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr initiiert werden.¹¹⁷ Darüber hinaus könnten die Fuhrparks von Bund, Ländern und Gemeinden schrittweise auf schadstoffarme und ressourcenschonende Fahrzeuge umgestellt oder in allen öffentlich bezuschussten Kantinen der Einsatz biologischer sowie regional und fair gehandelter Lebensmittel veranlasst werden.¹¹⁸ Zwar könnte sich dadurch die Beschaffung kurzfristig verteuern, langfristig würde die öffentliche Hand jedoch entlastet. Im Übrigen könnten die höheren Kosten durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen ausgeglichen werden.¹¹⁹

Energie- und Ressourceneffizienz erhöhen

Obwohl Energie und sonstige natürliche Ressourcen in Deutschland heute deutlich effizienter genutzt werden als noch vor einigen Jahren,¹²⁰ bestehen noch immer gewaltige Potentiale zur Effizienzsteigerung.¹²¹ Um diese zu nutzen, müssen verbindliche Effizienzstandards für Gebäude,

¹¹⁴ Vgl. a.a.O.

¹¹⁵ Beispielsweise werden über 50 Prozent der in Deutschland verkauften Omnibusse von öffentlichen Unternehmen des ÖPNV erworben. Vgl. McKinsey (2008), S. 3 (Kurzfassung).

¹¹⁶ Anfang Juni 2011 wurde im Bundeskabinett beschlossen, die Vergabeverordnung dahingehend zu ändern, dass nur die energieeffizientesten Produkte in Bezug auf Herstellung und Gebrauch beschafft werden. Vgl. Bundesregierung (2011b).

¹¹⁷ Vgl. McKinsey (2008).

¹¹⁸ Letzteres forderte beispielsweise der Rat für Nachhaltige Entwicklung 2010. Vgl. RNE (2010), S. 6.

¹¹⁹ Vgl. Ziff. 5.3.

¹²⁰ Seit 1990 ist beispielsweise die Energieproduktivität um knapp 39 Prozent, seit 1994 die Rohstoffproduktivität um knapp 47 Prozent gestiegen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2011).

¹²¹ Dies gilt beispielsweise für die Wärmedämmung von Gebäuden. Vgl. WBGU (2011), S. 148.

Fahrzeuge und energieverbrauchende Produkte eingeführt werden,¹²² die möglichst EU-weit gelten, und über das Jahr 2020 hinaus ambitionierte Einsparziele festgelegt werden.¹²³ Um diese Ziele besser erreichen zu können, muss die Forschungsförderung im Bereich der Effizienztechnologien gestärkt werden. Allerdings ist dabei darauf zu achten, dass auch die gesellschaftlichen Implikationen dieser Technologien berücksichtigt werden.¹²⁴ Das gilt im Übrigen für alle staatlichen Forschungsförderprogramme, die die Erhöhung der Ressourceneffizienz und den Umweltschutz zum Ziel haben.

Ressourcenverbrauch durch Internalisierung externer Kosten verteuern

Natürliche Ressourcen sind im Verhältnis zu Produktionsfaktoren wie Kapital und Erwerbsarbeit billig. Dies gilt insbesondere für nicht-erneuerbare Energien. Weder wird bei ihnen berücksichtigt, dass für sie früher oder später Ersatz geschaffen werden muss, noch dass ihr Verbrauch Natur und Umwelt erheblich belastet.¹²⁵ Würden diese Kosten in vollem Umfang berücksichtigt, würden nicht nur die Preise von Ressourcen spürbar steigen und sich dadurch die relativen Gewichte der Produktionsfaktoren verschieben, sondern auch ressourcenschonendere Produkte und Verfahren für die Verbraucher an Attraktivität gewinnen. Würden beispielsweise die externen Kosten der Stromerzeugung durch Stein-, Braunkohle und Atomkraft in den Energiepreis einbezogen, würde sich der Strompreis im Schnitt auf rund 10,5 Cent je Kilowattstunde verdoppeln und damit den Strompreis aus Windenergie und Wasserkraft um etwa 3 Cent übersteigen.¹²⁶ Derartige Kosten zügig zu berechnen und zu veröffentlichen, dient nicht zuletzt der Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten für die Umwelt und sie selbst.

¹²² Vgl. WBGU (2011), S. 16.

¹²³ Dies gilt beispielsweise für die Richtlinie der EU, bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen.

¹²⁴ Vgl. auch S. 44.

¹²⁵ Vgl. Miegel (2010), S. 122.

¹²⁶ Vgl. Denkwerk Zukunft (2011b), Denzähl Mai.

Der Staat kann die externen Kosten entweder über Steuern oder den Emissionshandel einpreisen. Letzterer hat den Vorzug, dass er mit einer Mengenbegrenzung verbunden werden kann.¹²⁷ Allerdings sollte er auf europäischer Ebene weiterentwickelt werden. Hierzu muss er administrativ vereinfacht und mit klaren Emissionsobergrenzen ausgestattet werden. Langfristig sollte ein globaler Emissionshandel angestrebt werden, bei dem die Zuteilung der Emissionsrechte auf die einzelnen Nationalstaaten anhand ihrer Bevölkerungszahl erfolgt. Die nationalen Budgets könnten in handelbare Zertifikate umgewandelt sowie bi- und multilateral gehandelt werden.¹²⁸

Besonders umweltschädliche Produkte verbieten

Ferner sollte darauf hingewirkt werden, besonders umweltschädliche oder symbolträchtige Produkte, wie Plastiktüten, zu verbieten.¹²⁹ Zwar kann der Verbrauch umweltschädlicher Plastiktüten auch dadurch verringert werden, dass wie in Deutschland die Hersteller von Plastiktüten in das Duale System¹³⁰ einzahlen müssen. Dadurch kostet die Plastiktüte in Deutschland bis zu 30 Cent. Entsprechend verbrauchen die Deutschen mit 65 Tüten jährlich wesentlich weniger als im EU-Schnitt.¹³¹ Doch können Verhaltensweisen durch das Verbot eines Produkts wesentlich schneller und tiefgreifender beeinflusst werden als durch dessen Verteuerung.

¹²⁷ Vgl. auch WBGU (2011), S. 11.

¹²⁸ Vgl. WBGU (2009), S. 23.

¹²⁹ Auch die Europäische Kommission denkt darüber nach, den Verbrauch von Plastiktüten einzudämmen. Daher hat sie die Bürger eingeladen, im Internet ihre Meinung abzugeben, wie sich der Plastiktütenkonsum am besten verringern lässt. Vgl. Europäische Kommission (2011b).

¹³⁰ Das Duale System ist neben der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung ein weiteres Entsorgungssystem für gebrauchte Verkaufsverpackungen. Private Entsorgungsunternehmen sammeln diese für ihre Kunden u.a. über den so genannten gelben Sack ein. Die Kunden sind Hersteller oder Vertreiber von Produkten, die lt. der 1991 in Kraft getretenen Verpackungsverordnung dazu verpflichtet sind, ihre Transportverpackungen zurückzunehmen und erneut zu verwenden oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Vgl. DSD (2010) sowie BMU (2008b).

¹³¹ Im EU-Schnitt werden rund 500 Plastiktüten je Einwohner und Jahr verwendet. Allerdings sind die internationalen Vergleiche zum Verbrauch von Plastiktüten mit Unsicherheiten behaftet. Vgl. Europäische Kommission (2011b).

5.5 Antworten auf Fragen materieller Existenzsicherung geben

Damit sich die Bevölkerung immateriell geprägten Lebensstilen zuwendet, müssen Staat und Gesellschaft dafür sorgen, dass materielle Wohlstandsverluste erstens von allen zu tragen sind und zweitens für niemanden Existenz bedrohend werden. Praktisch gewendet heißt dies, dass ein hoher Beschäftigtenstand und voll funktionsfähige soziale Sicherungssysteme gewährleistet bleiben sowie unzumutbare soziale Härten vermieden werden müssen. Hierzu müssen sowohl im Bereich privater als auch öffentlich geförderter Forschung Konzepte entwickelt werden.

Beispiel I: Hohen Beschäftigtenstand sichern

Die Gewährleistung eines hohen Beschäftigtenstandes dürfte künftig deutlich einfacher sein als in den zurückliegenden Jahrzehnten. Ursächlich hierfür sind vor allem drei Entwicklungen: Veränderungen im Bevölkerungsaufbau, steigende Nachfrage nach arbeitsintensiven Diensten und Verschiebungen im Kostengefüge der Produktionsfaktoren.

In der Vergangenheit war der Bevölkerungsaufbau gekennzeichnet von einem hohen Anteil Erwerbsfähiger, einem stetig zunehmenden Anteil Älterer und einem allmählich schrumpfenden Anteil an Kindern und Jugendlichen. Künftig wird die Gesamtbevölkerung an Zahl abnehmen. Am schnellsten und stärksten wird jedoch der Anteil der 20- bis 64-Jährigen zurückgehen, während der Anteil der über 64-Jährigen kräftig wächst. Befinden sich heute noch 61 Prozent der Bevölkerung in der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen, so werden es in knapp 40 Jahren - bei einer unterstellten Nettozuwanderung von jährlich 200.000 vorwiegend jüngerer Menschen - voraussichtlich nur noch knapp 53 Prozent sein. In absoluten Zahlen entspricht dies einem Rückgang von 11 Millionen Erwerbsfähigen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zahl nicht mehr Erwerbsfähiger - ins-

besondere über 79-Jähriger - um 6,6 Millionen.¹³² Hieran kann auch eine Verschiebung des Renteneintrittsalters nur wenig ändern.

Eng hiermit verbunden ist die steigende Nachfrage nach personennahen Dienstleistungen, die ihrer Natur gemäß arbeitsintensiv sind und deren Produktivität durch höheren Kapital- und Wissenseinsatz - wenn überhaupt - nur mäßig gesteigert werden kann. Im Blick auf die Entwicklung der Altersstruktur gilt der Gesundheits- und Pflegebereich als der dynamischste Wachstumsmarkt.¹³³ Das aber heißt zugleich, dass anders als bisher die Entwicklung der Wirtschaft mit überproportional zunehmender Beschäftigung einhergeht.

Auch der ökologische Umbau der Wirtschaft wird sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. In der Vergangenheit wurde Wissen und Kapital vor allem dazu eingesetzt, menschliche Arbeit im Produktionsprozess zurückzudrängen. Ursächlich hierfür waren unter anderem die vergleichsweise stark steigenden Arbeitskosten. Künftig dürfte der Einsatz von Wissen und Kapital hingegen darauf abzielen, den Ressourcen-, namentlich den Energieverbrauch zu reduzieren. Denn die Preise für Rohstoffe einschließlich fossiler Energieträger sowie für die Befrachtung der Umwelt mit Schadstoffen werden künftig voraussichtlich deutlich stärker steigen als die Kosten für Arbeit. Folglich wird Arbeit vergleichsweise preisgünstig sein und wohl auch verstärkt zum Einsatz kommen.¹³⁴

Das verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten gerade auch der Nicht- oder Geringqualifizierten. Allerdings dürften deren Einkommenschancen bei einer starken Erhöhung von Ressourcen- und Umweltkosten gering bleiben oder sogar noch sinken, was wiederum dazu beitragen würde,

¹³² Die Zahlen stammen aus der 12. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Variante 1-W2. Vgl. Statistisches Bundesamt (2009).

¹³³ Berechnungen des IAB zufolge wird die Nachfrage nach professionellen Pflegekräften von 2010 bis 2020 um bis zu 60 Prozent von 561.000 auf 900.000 steigen. Vgl. Pohl (2010).

¹³⁴ Vgl. Denkwerk Zukunft (2011c).

dass sich die Schere zwischen den Einkommensgruppen weiter öffnet.¹³⁵ Hier drohen soziale Konflikte, die den Übergang zu mehr immateriell geprägten Lebensstilen empfindlich erschweren könnten. Deshalb muss ihnen bereits in einer frühen Phase entgegengetreten werden.

Dies ist - wenn vielleicht auch nur in Grenzen - möglich, wenn der Kreis Nicht- oder Geringqualifizierter auf ein nicht unterschreitbares Minimum zurückgeführt wird. Damit sind die Migrations-, besonders aber die Bildungspolitik gefordert. Letztere ist der Schlüssel zum Ganzen. Eine zeitgemäße Bildungspolitik zielt u.a. auf eine größere Durchlässigkeit des Bildungssystems, was beispielsweise verstärkte Sprachförderung, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte oder den Ausbau der beruflichen Weiterbildung erfordert. Darüber hinaus müssen allen Bevölkerungsgruppen bei gleicher Qualifikation Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen eröffnet werden.¹³⁶

Ferner muss der Staat die wachsende Ungleichheit der Markteinkommen dadurch auszugleichen suchen, dass er die soziale Sicherung - wo möglich und sinnvoll - künftig über Steuern statt Beiträge finanziert. Dies würde nicht nur die Bemessungsgrundlage verbreitern, sondern auch Leistungsstarke über die progressiv verlaufende Einkommensteuer stärker heranziehen, während Geringverdiener gegenüber heute entlastet würden.¹³⁷ Hingegen sollten bei der stärkeren Heranziehung größerer Vermögen keine Illusionen genährt werden. Denn ein Großteil dieses Vermögen ist in Wohnungen, Büros oder als Produktivkapital in Unternehmen gebunden, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Stattdessen sollte der

¹³⁵ Einer Untersuchung der OECD zufolge sind die Einkommensunterschiede zwischen dem obersten und dem untersten Dezil der Einkommensbezieher in den meisten OECD-Ländern seit Anfang der 1980er Jahre zum Teil kräftig gestiegen. Die OECD sieht keine Anzeichen dafür, dass sich dieser Trend in der nahen Zukunft umkehren wird. Vgl. OECD (2011a).

¹³⁶ Vgl. Hartmann (1995), Hartmann (2004) sowie Hartmann/Kopp (2001).

¹³⁷ Geringverdiener werden in Deutschland stärker belastet als in vielen anderen früh industrialisierten Ländern. So musste 2010 beispielsweise ein alleinerziehender Geringverdiener 30 Prozent seines Bruttoverdienstes einschließlich Sozialbeiträgen des Arbeitgebers an Steuern und Sozialabgaben an den Staat und damit 14 Prozentpunkte mehr als im OECD-Durchschnitt abführen. Vgl. OECD (2011b).

materiellen Ungleichheit durch eine gezieltere Vermögensbildung insbesondere von wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen entgegen gewirkt werden.

Beispiel II: Grundrisiken verlässlich absichern

Unter Bedingungen stagnierender bzw. rückläufiger öffentlicher Mittel und steigender sozialer Lasten muss sich der Staat im Bereich der sozialen Sicherung künftig auf allgemeine, steuerfinanzierte Grundsicherungen beschränken. Dadurch würde verhindert, dass geringe Arbeitseinkommen zu Einkommensarmut, insbesondere im Alter, führen. Darüber hinaus würde dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung getragen, Einkommensunterschiede möglichst gering zu halten.¹³⁸ Indem sich der Staat bei der Alters-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosensicherung auf eine Grundversorgung beschränkt, würden die Prinzipien der Subsidiarität berücksichtigt und zugleich die Systeme demographiefester gemacht. Konzepte hierfür sind vorhanden.¹³⁹ Sie müssten allerdings an die sich weiterentwickelnden demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Beispiel III: Unzumutbare Härten bei der Verteuerung von Ressourcen dämpfen

Eine weitere wichtige Aufgabe des Staates, aber auch der Gesellschaft ist die Dämpfung unzumutbarer und deshalb den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprengender Härten, die wirtschaftlich Schwache bei einer starken Verteuerung von Ressourcen einschließlich Energie und Nahrungsmitteln anderenfalls erleiden würden. Dies ist in gewissem Umfang durch eine Inflationsindexierung von Transfereinkommen, namentlich Ar-

¹³⁸ Vgl. Ernst Freiberger Stiftung (2010), S. 30 f.

¹³⁹ Beispiele hierzu sind u.a. die solidarische Grundsicherung im Alter des IWG BONN oder das Konzept eines Grundeinkommens des ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus. Auch die Hartz-Kommission hatte in ihrem ersten Entwurf vorgeschlagen, das Arbeitslosengeld I für alle einheitlich zu bemessen und zeitlich zu begrenzen.

beitslosengeld II und gesetzliche Grundsicherung möglich. Allerdings dürfte das nicht ausreichen, da wirtschaftlich schwache Haushalte einen weit überproportionalen Anteil ihrer Einkommen für eben jene Güter aufwenden müssen, die sich nach Lage der Dinge besonders stark verteuern dürften. Deshalb könnten gesonderte Zuschläge erforderlich sein, die über einen allgemeinen Inflationsausgleich hinausgehen. Allerdings sollten diese nicht so bemessen werden, dass wirtschaftlich schwache Haushalte von der gezielten Verteuerung von Energie und anderen Ressourcen¹⁴⁰ überhaupt nicht betroffen werden. Auch sie sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Ressourcenverbrauch einschränken.

5.6 Internationale Zusammenarbeit vorantreiben

Da die nachteiligen Folgen materiell aufwändiger Wirtschafts- und Lebensweisen längst nicht mehr auf die früh industrialisierten Länder beschränkt und diese darüber hinaus für einen Großteil von Umweltschäden in den noch weniger entwickelten Ländern verantwortlich sind, ist eine internationale Zusammenarbeit dringend geboten. Wie Untersuchungen zeigen, wurde beispielsweise von 1990 bis 2008 in den weniger entwickelten Ländern bei der Produktion von Exportgütern für die früh industrialisierten Länder fünf mal mehr CO₂ ausgestoßen, als die früh industrialisierten Länder selbst in ihrer heimischen Produktion einsparten.¹⁴¹

Zugleich erhöht eine solche auf kulturelle Erneuerung ausgerichtete Zusammenarbeit die Einsichtigkeit und Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen. Doch bisher gibt es kaum überzeugende globale Strukturen, die dazu beitragen, dass in den früh industrialisierten Ländern materiell aufwändige Wirtschafts- und Lebensweisen überwunden, in den spät industrialisierten Ländern rechtzeitig ressourcenschonende Produktionsstrukturen und Konsummuster etabliert sowie die Lasten der Schäden, die durch die Wachstums- und materielle Wohlfahrtsfokussierung insbesondere in den spät industrialisierten Ländern verursacht wurden, global gerecht ver-

¹⁴⁰ Vgl. Ziff. 5.4.

¹⁴¹ Vgl. Peters u.a. (2011).

teilt werden. Folglich müssen möglichst viele früh industrialisierte Länder vor allem in Europa für eine kulturelle Erneuerung gewonnen sowie Institutionen, Regeln und Mechanismen für globale Kooperationen entwickelt werden.

Hierzu wurden bereits diskussionswürdige Vorschläge vorgelegt.¹⁴² Deutschland muss hier auf mehreren Ebenen aktiv werden: auf der europäischen Ebene, als Mitglied der G20, in der Allianz mit wichtigen Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien sowie als Mitglied der UNO. Beispielsweise sollte Deutschland seine Beschlüsse zur Energiewende in der EU zur Diskussion stellen und darauf dringen, dass diese in eine zukunftsfähige europäische Energiestrategie eingebettet werden, die über das Jahr 2020 hinaus reicht.¹⁴³ Auf den anderen Ebenen muss Deutschland seinen Einfluss geltend machen, um beispielsweise - wie vom WBGU gefordert¹⁴⁴ - auf der Rio+20 Konferenz inhaltliche Ziele und Organisationsstrukturen zu verabschieden, die zu ressourcenschonenden Produktionen, Konsummustern und Lebensstilen führen.

¹⁴² Vgl. WBGU (2011).

¹⁴³ Bisher reichen wichtige EU-Vereinbarungen wie die so genannte Europa 20-20-20-Strategie, wonach die Treibhausgasemissionen und der Energieverbrauch um 20 Prozent gesenkt sowie 20 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden sollen, nur bis 2020. Vgl. Europäische Kommission (2011c).

¹⁴⁴ Vgl. WBGU (2011), S. 19 ff.

Bibliographie

- Assadourian, Erik (2010a), News und Nachhaltigkeit: Die Rolle der Medien, in: Bericht zur Lage der Welt 2010, The World Watch Institute, München, S. 210-211.
- Assadourian, Erik (2010b), Aufstieg und Fall unserer Konsumkultur, in: Bericht zur Lage der Welt 2010, The World Watch Institute, München, S. 33 - 57, URL: <http://www.boell.de/oekologie/gesellschaft/oekologie-gesellschaft-8859.html>.
- Bauman, Zygmunt (2009), Leben als Konsum, Verlag Hamburger Edition, Hamburg.
- Behrendt, Siegfried/Erdmann, Lorenz/Nolte, Roland/Diegner, Bernhard (2007), Integrated Technology Roadmapping. A practical guide to the search for technological answers to social challenges and trends. Werkstattberichte Nr. 87. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT). URL: http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/IZT_WB87_Roadmapping.pdf
- /Blättel-Mink, Birgit/Clausen, Jens (2011), Wiederverkaufskultur im Internet - Chancen für nachhaltigen Konsum am Beispiel von eBay, Springer Verlag, Berlin/Heidelberg.
- Binswanger, Hans Christoph (2009), Die Wachstumsspirale, Marburg.
- BP (2010), BP Statistical Review of World Energy, June 2010, URL: <http://www.bp.com/productlanding.do?categoryId=6929&contentId=7044622>.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2008), Steuerlicher Abzug von Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeits- oder Betriebsstätte - Internationaler Vergleich (ausgewählte Länder), URL: <http://www.steuerlinks.de/download/bmf/bmf-2008-00-00-internationaler-vergleich-entfernungspauschale.pdf>.
- (2009a), Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) vom 22. Dezember 2009, Berlin, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_67366/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetze__Verordnungen/044__a,templateId=raw,property=publicationFile.pdf.
- (2009b), Bundesrat stimmt Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu. Auch der Bundesrat sagt ja zu mehr Entlastungen für Familien und Unternehmen, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/091204__Wachstumsbeschl.html.
- (2010), Zweiundzwanzigster Subventionsbericht, Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2007 - 2010, Berlin, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_4542/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/Subventionspolitik/100113__Subventionsbericht__anI__Druck,templateId=raw,property=publicationFile.pdf.
- Bundesministerium der Justiz (BMJ) (1967), Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) vom 8. Juni 1967, Bonn, URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stabg/gesamt.pdf>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2008), Untersuchung zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren – 2008, URL:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/dji-stand-ausbau-kinderbetreuung-2008-lang,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Monatsthema 11/09: Ökologische Nachhaltigkeit von Produkten - Bewertung und Sichtbarmachung. URL:

<http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/79071/1/25540/>

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2008a), Die öffentliche Beschaffung - ein Hebel für Klimaschutz und Zukunftsmärkte, URL:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/mckinseystudie_papier_beschaffung.pdf.

- (2008b), Verpackungsverordnung. Nichtamtliche Lesefassung, URL:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/verpackv_lesef.pdf.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2011), ENGAGEMENTzweinnull – Auswertung der Online-Diskussion zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung, URL:

http://www.engagementzweinnull.de/dito/forum/Auswertung_ENAGEMENTzweinnull_101220_kurz.pdf?action=openattachment&id=761&attachmentid=125.

Bundesregierung (2009), Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Wortlaut. Stenografische Mitschrift des Deutschen Bundestages, URL:

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2009/11/2009-11-11-regierungserklaerung,property=publicationFile.pdf.

- (2010a), Energiekonzept 2050 - Meilensteine und Bewertungen, URL:

<http://www.bmu.de/energiekonzept/doc/46498.php>.

- (2010b), Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, URL:

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie_10-10-06.pdf.

- (2011a), Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der Veranstaltung der Stiftung Ordnungspolitik am 23.02.2011. URL:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2011/02/2011-02-23-bkin-freiburg,layoutVariant=Druckansicht.html>.

- (2011b), Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der elften Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 20. Juni 2011 in Berlin. URL:

http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Bulletin/2011/06/65-3-bk-jahreskonferenz.html.

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. - Bitkom (2011), Halb Deutschland ist Mitglied in sozialen Netzwerken, Berlin, URL:

http://www.bitkom.org/67675_67667.aspx.

Center for Research on Environment Decisions (CRED) (2009), The Psychology of Climate Change Communication, A Guide for Scientists, Journalists, Educators, Political Aides and the Interested Public, New York, S 6f., URL:

http://www.cred.columbia.edu/guide/pdfs/CREDguide_full-res.pdf.

- Centre of Sustainable Consumption and Production (CSCP) (2010), Wie kommen nachhaltige Themen verstärkt in die Medien, Wuppertal, URL:
http://www.scp-centre.org/file-admin/content/files/project/media_and_scp/CSCP_MediaReport_German_2010.pdf.
- Daly, Herman E. (2005), The Concept of a Steady-State Economy, in: Redclift, Michael (Hrsg.), Sustainability, London, S. 121-156.
- de Haan, Gerhard (2010), Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als Lernkultur, in: Bericht zur Lage der Welt 2010, The World Watch Institute, München, S. 26-32.
- Denkwerk Zukunft (2010a), Denzkahl "456.000.000.000", Mai, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/inspiration/index/DZ2010-05>.
- (2010b), Für eine erneuerte Esskultur. Wie Essen und Trinken bei sinkendem materiellen Wohlstand zu mehr Wohlbefinden beitragen, Bonn, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/MemorandumLM-Mai2010.pdf>.
 - (2010c), Messung von Wohlstand - Ein Überblick über verschiedene Verfahren. Hintergrundpapier des Denkwerks Zukunft, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wohlstand.pdf>.
 - (2010d), Das Wohlstandsquartett - Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern, Bonn, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/WQ-Memo-2010.pdf>.
 - (2011a), Seit fast zehn Jahren sinkende Realeinkommen, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Sinkende%20Einkommen>.
 - (2011b), Denzkahl "30.000.000.000", Mai, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/inspiration/index/DZ2011-05-1..>
 - (2011c), Künftig arbeitsintensivere Produktionsweise wahrscheinlich, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/ArbeitundEnergie>.
 - Internet, Inspiration/Leuchttürme, URL:
<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/inspiration/index/leuchttuerme>.
- Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH (DSD) (2010), Glossar. Duales System, URL:
<http://www.gruener-punkt.de/kunden/infothek/glossar/glossary-detail/duales-system.html?type=0&cHash=750191114d1a8a830a83731e77f578d6>.
- Deutscher Bundestag (2002), Bericht der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Drucksache 14/8900, Berlin, URL:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>.
- (2010), Protokoll der 5. Sitzung des Unterausschusses "Bürgerschaftliches Engagement" des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, 16. Juni 2010, URL:
http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/5__Sitzung_Kurzprotokoll.pdf.

- Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2010), Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex, URL:
http://www.umweltbundesamt.de/uba-infomedien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3902.
- Easterlin, Richard A./McVey, Laura Angelescu/Switek, Malgorzata/Sawangfa, Onnicha/Smith Zweig, Jacqueline (2010), The happiness income paradox revisited, in: PNAS 13. Dezember 2010, URL: <http://www.pnas.org/content/early/2010/12/08/1015962107>.
- Ernst Freiberger-Stiftung (2009), Protokoll der Arbeitsgruppe "Aufrechterhaltung individueller und gesellschaftlicher Zufriedenheit unter Bedingungen stagnierender bzw. sinkender materiellen Wohlstands" des Ameranger Disputes" (2009), 17. Juni, Berlin, URL:
http://www.freiberger-stiftung.de/de/engagement/files/protokollagzufriedenheit_stand200709.pdf.
- (Hrsg.) (2010), Zufrieden trotz sinkenden materiellen Wohlstands, Memorandum der Arbeitsgruppe "Zufriedenheit", Amerang, URL:
http://www.ernst-freiberger-stiftung.de/de/engagement/files/memorandum_arbeitsgruppe_03052010.pdf.
- Europäische Kommission (2001), Europeans, science and technology, Special Eurobarometer 55.2, Brüssel, S. 13, URL:
<http://ec.europa.eu/research/press/2001/pr0612en-report.pdf>.
- (2011a), Biodiversität: Kommission präsentiert neue Strategie zur Eindämmung des Biodiversitätsverlusts innerhalb von zehn Jahren, URL:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/526&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.
- (2011b), STAKEHOLDER CONSULTATION on options to reduce the use of plastic carrier bags and options to improve the requirements of biodegradability in the Directive 94/62/EC on packaging and packaging waste and the visibility of biodegradable packaging products to consumers, URL:
<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=PLASTICBAGS>.
- (2011c), Die EU bekämpft den Klimawandel, URL:
http://ec.europa.eu/climateaction/eu_action/index_de.htm.
- Financial Times Deutschland (FTD) (2008), Die nächste Kreditkrise naht, 4. November 2008, URL: <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/agenda-die-naechste-kreditkrise-naht/434728.html>.
- (FTD) (2011), Länder fordern Änderungen an CO2-Kennzeichnung für Autos, 7. Juli, URL:
<http://www.ftd.de/politik/deutschland/energielabel-laender-fordern-aenderungen-an-co2-kennzeichnung-fuer-autos/60076080.html>
- Focus-Schule online (2008), Sport und Schule. Bewegung macht schlau, 22. November, URL:
http://www.focus.de/schule/gesundheit/fitness/tid-12626/sport-und-schule-bewegung-macht-schlau_aid_350291.html.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2011), Puma bewertet seine Umweltlasten. Die erste ökologische Gewinn-und-Verlust-Rechnung, 16. Mai, URL:
<http://www.faz.net/artikel/C30563/puma-bewertet-seine-umweltlasten-30347709.html>.

- Friedrich-Schiller-Universität (2011), Jenseits des Wachstums, DFG unterstützt neue Kolleg-Forschergruppe von Soziologen mit ca. 3 Mio. Euro. URL:
www.uni-jena.de/.../PM110712_Soziologie_Forschergruppe-skin-pdf.pdf.
- Fritz-Schubert, Ernst (2008), Schulfach Glück. Wie ein neues Fach die Schule verändert, Herder Verlag, Freiburg.
- Global Footprint Network (2010), National Footprint Accounts 2010 Edition, URL:
www.footprintnetwork.org.
- Greenpeace (2008), Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes, Studie Subventionen, Berlin, URL: http://www.greenpeace.de/file-admin/gpd/user_upload/themen/energie/Greenpeace_Subventionsstudie_final.pdf.
- Hahn, Tobias/Figge, Frank/Barkemeyer, Ralf/Liesen, Andrea (2009), Sustainable Value in der Automobilproduktion. Eine Analyse nachhaltiger Performance der Automobilhersteller weltweit. Belfast, Marseille, Berlin. URL:
<http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/sustainablevalueinderautomobilproduktion.pdf>.
- Hartmann, Michael (1995), Deutsche Topmanager: Klassenspezifischer Habitus als Karrierebasis, in: *Soziale Welt* 46, 440-468, URL:
<http://www.studgen.uni-mainz.de/manuskripte/hartmann.pdf>.
- (2004), Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierpfade, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B10, Bonn, S. 17-24, URL:
<http://www.bpb.de/files/0WWWK01.pdf>.
- /Kopp, Johannes (2001), Elitenselektion durch Bildung oder durch Herkunft? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53, S. 436-466.
- Hennicke, Peter/Samadi, Sascha/Schleicher, Tobias (2010), Ambitionierte Ziele - untaugliche Mittel: Deutsche Energiepolitik am Scheideweg, Hintergrundpapier der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) zur Energie- und Klimapolitik in Deutschland 2010, VDW-Materialien 1, Berlin, URL: <http://www.vdw-ev.de/imagines/stories/vdwdokumente/aktuelles/vdw%20materialien%201%202011.pdf>.
- Hinterberger, Fritz/Burger Eva/Giljum, Stefan (2008), Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitsqualität von Produkten - Eine Initiative österreichischer Unternehmen für die Entwicklung eines praktikablen, einheitlichen Standards im Rahmen von ECR Austria, SERI (Hrsg.), Wien, URL: http://seri.at/wp-content/uploads/2010/07/SERI-Factsheet_ECR_de.pdf.
- Hofer Symphoniker (2009), Neueste Erkenntnisse der Hirnforschung: Musische Ausbildung ist der ideale Start in ein erfülltes Leben. Presseinformation. URL:
http://www.musikwissenschaft.uni-muenchen.de/forschung/forschungsprojekte/abgeschlossene/studie_hwz_presse.pdf
- Humanwissenschaftliches Zentrum (HWZ) (2010), Ein anderer Ton. Das Hofer Modell, Eine Studie zur Untersuchung mentaler, emotionaler und sozialer Kompetenz an Schülern mit langfristig geförderter Musikerziehung und einer Kontrollgruppe, München, URL:
http://www.musikwissenschaft.uni-muenchen.de/forschung/forschungsprojekte/abgeschlossene/studie_hwz.pdf.

- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD-Allensbach) (2009), Das "Easterlin-Paradox". Befunde einer Repräsentativumfrage über den Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit, Oktober 2009, URL: http://www.ernst-freiberger-stiftung.de/de/engagement/files/10046_bericht_denkwerk_zukunft1.pdf.
- Jackson, Tim (2009), Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet, London.
- Jacobs, Inge (2011), Kita-Umbau, Das Baurechtsamt bremst, 16. Februar, URL: <http://www.kita-berghasen.de/resources/Artikel+16.02.2011+Stuttgarter+Zeitung.pdf>.
- Kasser, Tim (2002), The High Price of Materialism. MIT Press, Cambridge.
- Kahan, Dan M./Jenkins-Smith, Hank/Braman, Donald (2010), Cultural cognition of scientific consensus, in: Journal of Risk Research, Oxford.
- Kemfert, Claudia (2007), Klimawandel kostet die deutsche Volkswirtschaft Milliarden. DIW Wochenbericht 74 (11), S. 165 – 170.
- Knaus, Anja/Renn, Ortwin (1998), Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Metropolis Verlag, Marburg.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.) (1998), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklungen, Ursachen, Maßnahmen, Olzog Verlag, München.
- Kreye, Andrian (2011), Ökologie ist Notwehr, in: sueddeutsche.de, 8. April, URL: <http://blogs.sueddeutsche.de/feuilletonist/2011/04/08/okologie-ist-notwehr/>.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009), Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, S. Fischer Verlag, Frankfurt a.M.
- Loske, Reinhard (2011), Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung. Basiliken Presse, Rangsdorf bei Berlin.
- McKinsey & Company (2008), Potenziale der öffentlichen Beschaffung für ökologische Industriepolitik und Klimaschutz, Studie im Auftrag des BMU, Düsseldorf, URL: <http://www.bmu.de/files/na/application/pdf/mckinseystudie.pdf>.
- Microsoft/Focus (2007), Bildungsstudie Deutschland 2007– Codeplan. Schule aus Sicht von Eltern, Lehrern und Personalverantwortlichen. URL: http://www.lwp-online.de/bildungsstudie/download/codeplan/00cp_bildungsstudie.pdf#page=1.
- Miegel, Meinhard (2010), Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Propyläen Verlag, Berlin.
- /Petersen, Thomas (2008), Der programmierte Stillstand, Olzog Verlag, München.
- Müller, Christa (Hrsg.) (2011), Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, oekom Verlag, München.
- Neugebauer, Gero (2007), Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- OECD (2010), OECD Stat, Dataset: Income Distribution and Poverty Income Distribution - Inequality. URL: <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=INEQUALITY>.
- (2011a), Growing Income Inequality in OECD Countries: What drives it and how can policy tackle it?, Paris, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/20/47723414.pdf>.

- (2011b), Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer weiter gesunken, URL:
http://www.oecd.org/document/10/0,3746,de_34968570_35008930_47813898_1_1_1_1,00.html.
- Paech, Niko (2005), Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum – Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Metropolis-Verlag, Marburg, (Habilitationsschrift).
- Pennekamp, Johannes (2011), Wohlstand ohne Wachstum - ein Literaturüberblick. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 11/1. URL:
<http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp11-1.pdf>
- Peters, Glen P./Minx, Jan C./Weber, Christopher L./Edenhofer, Ottmar (2011), Growth in emission transfers via international trade from 1990 to 2008, in: Proceedings of the National Academy of Sciences (2011), URL:
<http://www.pnas.org/content/early/2011/04/19/1006388108.full.pdf+html?sid=7205f10b-36cc-47f8-b5bc-d71eb2728b23>.
- Pohl, Carsten (2010), Der zukünftige Bedarf an Pflegearbeitskräften in Deutschland. Modellrechnungen für die Bundesländer bis zum Jahr 2020, in: Comparative Population Studies - Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 35 (2), S. 357-378.
- Prognos (2010), Ausblick für die Wirtschaft: Wachstum in Deutschland langfristig bei einem Prozent, Pressemitteilung zur Vorstellung des Neuen Prognos Deutschland Report 2035 in Stuttgart, vom 29. September 2010, URL:
http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/medienmitteilungen/100929_PM_Prognos_Deutschland_Report_Stuttgart_final.pdf.
- Puma (2011), PUMA und PPR HOME veröffentlichen erste Ergebnisse der weltweit ersten ökologischen Gewinn- und Verlustrechnung. Pressemeldung. München/London 16. Mai 2011, URL:
<http://about.puma.com/?p=6644&lang=de>.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2010), Konsum und Nachhaltigkeit. Wie Nachhaltigkeit in der Konsumgesellschaft käuflich und (er)lebbar wird. Eine Aufgabe für Politik, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger. Berlin, URL:
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Konsum_und_Nachhaltigkeit_texte_Nr_31_Maerz_2010_01.pdf.
- Ritthoff, Michael/Rohn, Holger/Liedtke, Christa (2002), MIPS berechnen. Ressourcenproduktivität von Produkten und Dienstleistungen. Wuppertal Spezial 27, URL:
http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/ws27d.pdf.
- Rockström, Johan et al. (2009), A safe operating space for humanity, in: Nature 461, 23. September, S. 492-475.
- Sachs, Jonah/Finkelpearl, Susan (2010), Seifenoper verkaufen oder Nachhaltigkeit? Über soziales Marketing, in: Bericht zur Lage der Welt 2010, The World Watch Institute, München, S. 212f.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011), Herausforderungen des demografischen Wandels, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, URL:
http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf.
- Scherhorn, Gerhard/Wehrspaun, Michael (2005/2006), Zum Konzept der ökologischen Gerechtigkeit, Umweltbundesamt, Berlin, URL:
<http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/publikationen/oeg-konzept.pdf>.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010), Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft, Metropolis Verlag, Marburg.
- Sinus Sociovision GmbH (2009), Informationen zu den Sinus-Milieus 2009, Heidelberg, URL:
http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/informationen_2009_01.pdf.
- Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern (2006), Handreichung zur Erlaubniserteilung für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen vom 6. Oktober 2006, URL:
http://www.kita-portal-mv.de/documents/behandreichungengd_061006_fr_kitamanagement.pdf.
- Statistisches Bundesamt (2009), Pendler: Die Mehrheit nimmt weiter das Auto. URL:
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2009__10/2009__10PDF,property=file.pdf.
- (2011), Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie, URL:
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/Indikatoren__5850012119004,property=file.pdf.
- Steffen, Alex (2008), World Changing. Das Handbuch der Ideen für eine bessere Zukunft, Knesebeck-Verlag, München.
- Stiftung für Zukunftsfragen (2011), Warum die Deutschen keine Kinder bekommen - und welche Lösungsansätze die Bürger vorschlagen, Forschung aktuell, Newsletter Ausgabe 231, 33. Jahrgang, 09. Juni, URL:
http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-231-Kinderlosigkeit_01.pdf.
- Thio, Sie Liang/Göll, Edgar (2011), Einblick in die Jugendkultur. Das Thema Nachhaltigkeit bei der jungen Generation anschlussfähig machen, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin, im Auftrag des UBA, URL:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4078.pdf>.
- Thöne, Michael u.a. (2010), Evaluierung von Steuervergünstigungen, Band 2, FiFo Köln, Copenhagen Economics, ZEW Mannheim, URL: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/stv/BAND-II_FinalVersion.pdf.
- Umweltbundesamt (UBAa) (2008), Plastiktüten verbieten? URL:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3522.pdf>.

- (UBA) (2008b), Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, Dessau-Roßlau, URL:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3659.pdf>.
 - (2010a), Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Dessau-Roßlau, URL:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4045.pdf>.
 - (2010b), Umweltschädliche Subventionen in Deutschland - Aktualisierung für das Jahr 2008, Dessau-Roßlau, URL:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3780.pdf>.
 - (2010c), Nachhaltige Produkte: Produktkennzeichnung und Zahlungsbereitschaft, Dessau-Roßlau, URL:
<http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do;jsessionid=95093BC58A9482EFF0CAD7538CE70E9D?nodeId=3536>.
- Victor, Peter (2008), Managing without Growth – Slower by Design not Disaster, Edward Elgar Publishing, Cheltenham.
- Wehrspau, Michael (2010), Ökologische Gerechtigkeit: Vision, Illusion oder Innovation? Reflexionen aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Sicht, Vortrag bei den Bauhaus-Lectures, 20. Mai, Dessau.
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich/Hargroves, Karlson/Smith, Michael (2010), Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, Droemer Verlag, München
- Welt aktuell (2011), "Wer nicht drin ist, ist out", 13. April, S. 8.
- Welt Online (2010), Wie private KITAS um ihre Existenz kämpfen, von Lara Sogorski, 3. September, URL:
<http://www.welt.de/wirtschaft/article9369690/Wie-private-KITAS-um-ihre-Existenz-kaempfen.html>.
- Weller, Ines (2007), Ist der Klimawandel geschlechtsneutral?, Bremen, 15. November, URL:
<http://www.artec.uni-bremen.de/files/sonstiges/klima-gender-weller07.pdf>.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2009), Kassensturz für den Weltklimavertrag - Der Budgetansatz, Sondergutachten, Berlin, URL:
http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2009/wbgu_sn2009.pdf.
- (2011), Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten 2011, Berlin, URL:
http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf.
- Wuppertal Institut für Klima Umwelt, Energie (2008), Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M.
- Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt (2010): Fortschrittsindex. Den Fortschritt messen und vergleichen, URL:
http://www.fortschrittszentrum.de/dokumente/2010-11_Fortschrittsindex.pdf.

Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung

Ahrstraße 45

53175 Bonn

Telefon 0228 372044

Telefax 0228 375869

E-Mail kontakt@denkwerkzukunft.de

Internet www.denkwerkzukunft.de